Einzelpreis 70 Heller.

1091
An die Kre
mmi sion

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II.,
Havlíčkovo nám. 32.
Postscheckamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . Kč 16.—
vierteljährlich . 48.—
halbjährig . . 96.—
ganzjährig . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang. | Mittwoch, 11. Juli 1923. | Nr. 159.

Frieden im Nahen Osten.

Das türkische Kabinett hat Ismet Pascha mit der Unterschrift des Friedensvertrages betraut: so lautet die ergänzende Meldung zu der schon gestern mitgeteilten Nachricht aus Lausanne von dem bevorstehenden Friedensschluß zwischen der Türkei und den alliierten Mächten. Es ist nun bestimmt zu erwarten, daß der Friedensvertrag binnen wenigen Tagen unterzeichnet werden wird. Damit wird wenigstens eine der Wunden an dem bresthaften Körper Europas geschlossen.

Das Ergebnis der Lausanner Konferenz ist nach mehr als einer Richtung hin von großer Bedeutung. Es bedeutet einen unleugbaren Sieg der Türkei. Der Friedensvertrag von Sevres, der wie alle Friedensverträge unter der heuchlerischen Beteuerung, unterdrückte Völker zu „befreien", den Türken diktiert wurde, stellte in Wahrheit das Seil dar, mit dem die Türkei erwürgt werden sollte. Sein wahrer Beweggrund war, die Türkei aus Europa zu verdrängen, um den Siegerstaaten in den „befreiten" Gebieten neue „Interessensphären" zu schaffen. Nur innerhalb des Eckchens der Tschadaldschalinie wurde die Türkei auf europäischem Boden belassen. Aber auch in Asien wurde ihr Herrschaftsgebiet um ein Bedeutendes eingeschränkt. Arabien wurde als selbständiges Königreich, Cilicien als unter italienischem, Syrien unter französischem, Mesopotamien und Palästina unter englischem Mandate stehend, erklärt. Auch Griechenland bekam einen Happen, von den früheren Verlusten der Türkei: Cypern, Aegypten u. a. gar nicht zu reden.

Was der Friedensvertrag von Sevres von der Türkei übrig ließ, erhellt am besten aus der Gegenüberstellung ihres früheren Umfanges und dem Umfange, den sie nach Sevres hatte: sie umfaßte 1.8 Millionen Quadratkilometer mit etwa 20 Millionen Einwohnern, nach dem Friedensvertrag verblieben ihr 300.000 Quadratkilometer mit fünf bis sechs Millionen Einwohnern. Zu alledem suchten die Sieger den Zwergstaat unter die Kuratel einer internationalen Finanzkommission zu stellen und ein zwischen der Türkei, sowie Frankreich, England und Italien abgeschlossener Vertrag entschied über das Schicksal der türkischen Bahnen, die an eine Gesellschaft englischer und französischer Kapitalisten fielen. Die türkische Kammer hat den Friedensvertrag trotz des Drängens der Alliierten niemals ratifiziert und im Innern von Anatolien bildete sich unter Kemal Pascha eine eigene Regierung türkischer Nationalisten, deren Erhebung den Widerstand gegen den Friedensvertrag zum Zwecke hatte. Damals wurde dieser Widerstand von Frankreich gefördert, während die Sowjetregierung Kemal Pascha mit Geld, Waffen und Munition unterstützte. England schickte Griechenland vor, das mit einem Heere nach Kleinasien vorstieß, dem dabei aber von den Truppen Kemal Paschas eine schwere Niederlage bereitet wurde.

Die Konferenz von Lausanne sollte den neuen Frieden mit der durch den Sieg über die Griechen gestärkten Türkei herstellen, doch es dauerte volle acht Monate, ehe sie zum Abschluß kam, woran die Intrigen der Alliierten untereinander die Hauptschuld trugen. Englands Diplomatie, die früher gegen die Türkei stand, vollzog während der Verhandlungen eine kühne Schwenkung und verstand es, sich schließlich an die Seite der Türkei zu stellen. Einer der größten Streitpunkte war die Regelung der Dardanellenfrage. Während des Krieges wurde bei der Aufteilung der zu „befreienden" Gebiete dem alten Rußland die Herrschaft über die Dardanellen zugesichert. Die Bolschewisten verzichteten vorerst auf diese Erbschaft; als in Moskau der imperialistische Kurs zum Durchbruch kam, hätten sie gerne ihre Ansprüche auf die Dardanellen geltend gemacht, doch war dies mit Rücksicht auf ihr mit der Türkei abgeschlossenes Bündnis nicht gut möglich. Sie begnügten sich daher mit der Herstellung des früheren Zustandes. Der Lausanner Vertrag hat in der Dardanellenfrage die freie Durchfuhr in Kriegs- und Friedenszeiten festgesetzt. Die Grenzen der Türkei in Europa werden wesentlich ausgedehnt, das Schicksal von Mosul wird der Entscheidung des Völkerbundrates überantwortet. Konstantinopel wird von den alliierten Truppen geräumt und auch bei der Regelung des Zahlungsmodus der ottomanischen Schuld gelang es der türkischen Diplomatie, einen wesentlichen Erfolg zu erringen.

Das Ergebnis von Lausanne bedeutet neben dem Sieg der Türkei eine Durchbrechung des Friedensvertrages von Sevres, oder richtiger ausgedrückt: die Sanktionierung dieser Durchbrechung durch die Siegerstaaten. Damit ist wieder eines der Diktate, die Europa in den Zustand dauernder Zerrüttung geworfen haben, und die als unantastbar hingestellt wurden, abgeändert worden. Das läßt die Ueberzeugung wachsen, daß alles zähe Festhalten an den verderblichen Friedensverträgen schließlich doch die Durchsetzung der Vernunft und Gerechtigkeit nicht wird hindern können. Sicher ist, daß die deutschen Nationalisten aus dem Ergebnis von Lausanne agitatorischen Stoff zu holen suchen und behaupten werden, nur der bewaffnete Widerstand nach dem Beispiel der Kemalisten könne das deutsche Volk erlösen. Welche Folgen die Befolgung dieser Methoden für das ohnehin schwer heimgesuchte Deutsche Reich und Volk haben müßte, das ist den nationalistischen Bankerotteuren höchst gleichgültig. Das deutsche Volk braucht sich nicht fatalistisch in sein Schicksal zu ergeben, aber nichts wäre für dasselbe verhängnisvoller, als wenn es die Entfesselung eines neuen Krieges herbeiführen würde. Auch ohne neuen Kriegsschrecken, der Europa erst recht dem Abgrund zutreiben müßte, wird und muß die wirtschaftliche Notwendigkeit das Recht wieder herstellen und die furchtbaren Fesseln der durch die Friedensverträge unterjochten Völker lösen.

Der Friede mit der Türkei.

Angora unterschreibt. — Die Bestimmungen des Friedensvertrages.

Angora, 10. Juli. (Havas.) **Das türkische Kabinett betraute Ismet Pascha mit der Unterschrift des Friedensvertrages. Reuter hält es für wahrscheinlich, daß der Lausanner Friede Ende Juli unterzeichnet wird. Ismet Pascha kehrt mit einem Exemplare des Friedensvertrages sobald als möglich nach Angora zurück. Nach der gleichen Quelle ist es wenig wahrscheinlich, daß Lord Curzon, dem wichtigere Angelegenheiten obliegen, zur Unterschrift des Vertrages nach Lausanne reist.**

Lausanne, 9. Juli. (Havas.) **Der Friedensvertrag mit der Türkei bestimmt: Die alliierten Truppen räumen Konstantinopel, Tschanak und Galipoli innerhalb 6 Wochen nach Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung von Angora. Die neuen Grenzen der Türkei gegen Bulgarien beginnen bei der Mündung des Flusses Resvaj in das Schwarze Meer und treffen den Maritzafluß im Kreuzungspunkte der türkisch-bulgarisch-griechischen Grenzen. Sodann verläuft die Grenze zwischen der Türkei und Griechenland im Maritzatale, umgeht das westliche Karagatsch und geht dann auf den Lauf der Maritza bis zum Aegäischen Meere über.**

Die Grenzen der Türkei gegenüber Syrien bleiben durch das Abkommen von Angora bestimmt, das die an die türkische Delegation adressierte Zuschrift der französischen Delegation bestätigt.

Die Grenzfrage gegenüber Irak ist durch die Bestimmung geregelt, nach der das Schicksal von Mossul der Entscheidung des Völkerbundrates anvertraut werden soll, falls es nicht innerhalb von 9 Monaten durch ein direktes Abkommen zwischen der Türkei und Großbritannien erledigt ist.

Die Inseln Imbros und Tenedos gehen in die türkische Hoheit über. Griechenland behält die Souveränität über die Inseln Lemnos, Samos, Mitylene, Chios, Samotrake und Nikari unter der Bedingung, daß die Inseln in der Nähe des asiatischen Ufers demilitarisiert werden. Der Friedensvertrag bestätigt die Rechte Italiens auf die Inseln des Dodekanes und erklärt die freie Durchfuhr durch die Meerengen zu Wasser und in der Luft in Kriegs- und Friedenszeiten; hebt die Kapitulationen auf und gewährt den nationalen Minderheiten einen ähnlichen Schutz, wie ihn die Minderheiten in Polen und in der Tschechoslowakei genießen.

Die in die Türkei reisenden Fremden oder dort ansässigen werden den türkischen Staatsgesetzen unterworfen.

Die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen sind dieselben, wie gestern gemeldet.

Die Einigungsverhandlungen im Berliner Metallarbeiterstreik.

Zugeständnisse der Unternehmer. — Die Kommunisten schüren. — 130.000 Streikende

Berlin, 10. Juli. (Eigenbericht.) In später Abendstunde wurden gestern die Verhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreikes unterbrochen. Die Unternehmer bieten für die erste Juliwoche 9600 Mark, für die laufende Woche 12.500 Mark Stundenlohn; die als Vorschuß ausgezahlten 40.000 Mark sollen nicht angerechnet werden. Wichtiger als diese Festsetzung einer Papiermarksumme ist das Zugeständnis der Unternehmer, daß bei den Verhandlungen der nächsten Woche die Löhne auf wertbeständiger Grundlage berechnet werden sollen. Gerade gegen diese Forderung haben sich die Unternehmer bisher aufs äußerste gesträubt, denn sie ist geeignet, der Unterentlohnung der Arbeiter und ihrer dauernden Benachteiligung durch die Geldentwertung ein Ende zu machen. Für heute Abend ist eine Funktionär-Versammlung des Metallarbeiterverbandes einberufen worden, welche die Entscheidung über den Einigungsvorschlag fällen wird. Wenn er angenommen wird, soll die Arbeit Donnerstag wieder aufgenommen werden. Im Falle der Ablehnung durch die Funktionäre muß nach den gewerkschaftlichen Bestimmungen eine Urabstimmung unter den Mitgliedern über den Einigungsvorschlag und den Streik entscheiden. Von seiten der Kommunisten und der „Union" wird die Hetze gegen den Metallarbeiterverband und gegen die Festsetzung der wertbeständigen Löhne fortgeführt. Die „Rote Fahne" fordert, trotzdem sie den Einigungsvorschlag noch nicht kennt, die Metallarbeiter auf, diesen abzulehnen und den Streik im größten Umfange fortzusetzen. Dieser Parole ist heute von 10.000 Arbeitern Folge gegeben worden, so daß jetzt gegen 130.000 Metallarbeiter sich im Streike befinden.

Die hakenkreuzlerischen Mordbanden in Oesterreich.

Der Mord im Haspelwald.

sp. Wien, im Juli 1923.

Nun hat auch Oesterreich seine hakenkreuzlerische Feme. Ohne daß wir so recht die Hakenkreuzlerei mitgemacht haben, haben wir gleich das letzte Ergebnis der Entwicklung, den von einer Geheimorganisation anbefohlenen Mord an dem angeblichen Verräter aus Bayern importiert erhalten. Alle Einzelheiten der Affäre sind noch nicht bekannt, da die Polizei, wie sie sagt, im Interesse der Untersuchung einerseits nicht sehr gesprächig ist und anderseits auch die offenkundig unwahren Aufbauschungen der Sensationspresse unwiderlegt läßt. Nicht einmal die Namen der wegen des Mordes verhafteten Personen sind bis jetzt vollständig bekannt. Man kann aber immerhin als sicher annehmen, daß drei hakenkreuzlerische Klubs oder Stoßtrupps bestanden, die einander gelegentlich befehdeten, wenn die an der Spitze stehenden Knaben auf einander eifersüchtig waren, gelegentlich wieder zusammen arbeiteten. Worin dieses Zusammenarbeiten bestand, ist nicht ganz klar. Es waren offenbar vor allem Bramarbasierereien am Biertisch, wobei einer den anderen in blutrünstigen Reden gegen die Feinde überbot. Dabei mögen auch einzelne dieser Feinde namentlich genannt worden sein, die zunächst „abgetan" werden mußten. Darauf sind wohl auch die Meldungen zurückzuführen, daß Attentate auf den nach Prag reisenden Marschall Foch, auf die Börse oder auf Seipel oder auf sozialdemokratische oder kommunistische Führer geplant gewesen seien. Von diesen allgemeinen Redereien und den mündlich weiter verbreiteten schwarzen Listen bis zum wirklichen Attentat ist allerdings noch ein weiter Weg. Ernster waren schon die Schießübungen, die die Herren Knaben unternahmen, zumal sie dabei die Hilfe der erwachseneren — nicht immer erwachsenen — Parteigenossen hatten. So ist es sicher, daß nahezu alle der 35 Verhafteten an der Feldübung am Exelberg teilgenommen haben, bei der es zu einem blutigen Zusammenstoß mit den sozialdemokratischen Ordnerwehren kam. Hier sind wir schon bei der Verbindung mit der bayrischen Hakenkreuzlerei. Denn diese Felddienstübung war von dem Sendling Hitlers, dem angeblichen Oberleutnant Lechner, angeordnet und auch kommandiert worden. Auch bei der Organisierung der drei Geheimorganisationen hat Lechner eine Rolle gespielt und der Mord im Haspelwald bei Neulengbach soll von einem bayrischen Emissär direkt angestiftet worden sein, der, wie der Mörder Nowosat erzählt, für seine Behauptung, daß Karger ein Verräter sei, der die Aktiven seiner Gruppe den Sozialdemokraten und Kommunisten verrate, zwar keinen Beweis erbrachte — dafür aber eine von Ehrhard ausgestellte Legitimation als Beglaubigung vorzeigte.

Die Hakenkreuzlerei ist erst spät aus Bayern importiert worden. Die österreichische Reaktion hat aus eigenem eine andere bewaffnete Organisation hervorgebracht: die „Frontkämpfervereine". Das sind Vereinigungen von ehemaligen Offizieren der alten Armee, die sich die Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie und damit ihrer eigenen alten Stellung zum Ziel setzten. Waren die Frontkämpfer vornehmlich eine bewaffnete Organisation der Wiener Christlichsozialen, so haben die Christlichsozialen in den Ländern, in denen sie die Landesregierungen und die bäuerlichen Organisationen in der Hand haben, nach bayrischem Muster die Heimwehren aufgebaut. Diese waren wohl von den bayrischen Heimwehren beeinflußt, aber ihre Organisation wurde vornehmlich von den Landesregierungen, namentlich dem steirischen Landeshauptmann Rintelen, vorgenommen, die ihnen auch die Waffen lieferten. Sowohl Frontkämpfer wie Heimwehren waren ausgesprochen christlichsozial-habsburgische Organisationen. Anders die Hakenkreuzler, die eine bewaffnete Organisation der „Nationalsozialisten" sind und unter dem Schutz der Großdeutschen stehen. Sie rekrutieren sich aus Hochschülern und Mittelschülern, daneben vereinzelt auch aus Handlungsgehilfen und sonstigen jungen Leuten, auf die die Kriegsspielerei Eindruck macht.

Sind alle drei nach außen durch ihre politische Gesinnung gesondert, so haben sie als gemeinsames Ziel den Kampf gegen die Sozialdemokratie und werden dementsprechend auch von den industriellen Scharfmachern als eine militärische Hilfe gegen die Arbeiter angesehen. Noch ganz anders als die bayrischen Hakenkreuzler werden diese drei Organisationen von den Scharfmachern mit Geld unterstützt. Die Heimwehren und Frontkämpfer holen, wie der Abgeordnete

Allina im Parlament erzählte, allmonatlich beiden Kassen der Bankfilialen ihre Subventionen ab und als sich einige jüdische Fabrikanten in der Generalversammlung des „Hauptverbandes der Industrie" darüber beschwerten, daß man auch von ihnen für diese Organisationen, die antisemitische „Pogroms" veranstalten, Beiträge einhebe, belehrte sie der Präsident dieses Scharfmacherverbandes, daß die Unterstützung der Heimwehren nur eine „natürliche Folge der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse" sei. Er gab ausdrücklich zu, daß die Heimwehren und die Frontkämpfer aus den Geldern des Verbandes unterstützt werden. Ueber die Beziehungen zu den Hakenkreuzlern lehnte er aber jede Auskunft ab. Demgegenüber erklärten die Vertreter der jüdischen Industriellen, daß auch die Hakenkreuzler vom Verband unterstützt würden. Da man sich aber nicht traute, das offen zu tun, habe man der Zentrale der Heimwehren in Graz größere Beträge zugewiesen, als „vereinbart" war und der Ueberschuß sei dann aus Graz an die Hakenkreuzler überwiesen worden. Es handelt sich da nicht um geringe Summen. Der Hauptverband der Industrie hebt nämlich von jedem Industriellen einen Prozentsatz der ausgezahlten Lohnsumme für diesen Zweck ein und man schätzt die bisher eingelaufenen Beträge auf viele Milliarden.

Diese Milliarden haben sich den Kapitalisten sehr gut ausgezahlt. Wenn die jungen Leute dieser bewaffneten Formationen auch in ihren Reden ein wenig antisemiteln, so sind sie für das Großkapital doch die Hoffnung im Kampf gegen die Arbeiter und die bürgerlichen Parteien ersetzen dieses kleine Opfer, indem sie im Parlament gegen die Besteuerung des Kapitals stimmen. Das „Neue Wiener Tagblatt", das jetzt ein ausgesprochenes Börsenblatt ist, hat erst dieser Tage bei der Aufdeckung des hakenkreuzlerischen Mordes erzählt, daß bei den letzten Wahlen ein jüdischer Kapitalist christlichsozial gestimmt habe mit der Begründung: „Mir ist ein kleiner Pogrom noch immer lieber als eine große Vermögensabgabe". Allerdings meint das kapitalistische Blatt, daß die Einheitsfront der bürgerlichen Parteien gestört werden würde, wenn die Kapitalisten statt mit einem kleinen Pogrom mit einer Revolverkugel oder einer Handgranate bedacht würden. So weit wird es allerdings nicht kommen. Bisher haben Frontkämpfer und Hakenkreuzler noch keinem Kapitalisten ein Haar gekrümmt, wohl aber wurden die Genossen Brunecker und Still, zwei Vertrauensmänner der Arbeiter, die Opfer ihrer Mordkugeln. Und auch jetzt haben sie nur einen aus ihrer eigenen Mitte umgebracht, nicht etwa, weil er zu den Kapitalisten hielt, sondern weil er verdächtigt wurde, an Sozialdemokraten oder Kommunisten Parteigeheimnisse verraten zu haben. Darum wird es die bürgerliche Öffentlichkeit leicht aushalten, wenn die polizeiliche und gerichtliche Untersuchung des Mordes vom Haselwald sich damit begnügen wird, festzustellen, welche Personen das Beil gegen das Opfer gerichtet und welche das Beil geliefert haben. Die Sozialdemokraten allerdings werden darauf dringen, daß volle Klarheit auch über die Hintermänner dieses Mordes und über die ganze Organisation der Mordbanden verbreitet werde.

Die Türken beharren auf Abberufung der englischen Flotte.

Lausanne, 10. Juli. (Havas.) Der türkische Delegierte Ismet Pascha beharrt auf der Abberufung der englischen Flotte aus dem Bosporus, dem Marmarameer und den Dardanellen. Man erwartet, daß diese Forderung bei den Engländern nicht auf Widerstand stoßen wird.

Das Progamm der neuen Regierung Bulgariens

Gegen Krieg und „Klassenpolitik", aber natürlich für den Kapitalismus.

Sofia, 10. Juli. (RTA.) Ministerpräsident Zankow hielt gestern in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung eine große Rede, in welcher er die gesamten Probleme, mit denen die bulgarische Innen- und Außenpolitik zu kämpfen hat, behandelte und das Programm der neuen Regierung entwickelte. Er charakterisierte zunächst die Agrarregierung als eine Regime der Unterdrückung und Verfolgung der gebildeten Schichten und als ein Regime der Korruption und der Vergewaltigung der Verfassung. Zankow betonte die Wichtigkeit der Ereignisse vom 9. Juni, welche das politische Chaos, das das Land hätte ins Verderben stürzen können, beseitigt haben. Betreffend die allgemeine Politik der Regierung betonte der Ministerpräsident die Notwendigkeit der Wiederherstellung des sozialen Friedens und die dauernde Beseitigung der Klassenpolitik. (?) Unsere erste Aufgabe, sagte Zankow, wird die Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten sein, welche von der alten Regierung mit den Füßen getreten wurden. Es ist notwendig, große und tiefgreifende Reformen in jeder Richtung des politischen Lebens durchzuführen. Bulgarien ist aus dem großen Kriege unglücklich und verstümmelt hervorgegangen und es muß die Trümmer wiederum neu aufbauen. Dies soll jedoch nicht durch die alten kriegerischen Methoden geschehen. Jeder kriegerische Versuch ist ein Wahnsinn und eine ungeheure Gefahr. Europa muß begreifen, daß in Bulgarien kein vernünftiger Mensch zu finden ist, welcher Bulgarien in einen neuen Krieg stürzen wollte. Wir haben nur einen Wunsch, den Wunsch nach Frieden; wir fordern aber, daß unsere legitimen Interessen nicht geopfert werden. Zur Beruhigung der Leidenschaften und im Interesse des Wohles der Balkannationen fordern wir auch, daß die im Friedensvertrag von Neuilly enthaltenen Artikel über die Minderheiten zur Anwendung gelangen. Was die Beziehungen zu unseren Nachbarn betrifft, so muß ich betonen, daß wir mit allen Nachbarn, ohne Ausnahme in freundschaftlichen Beziehungen leben können, besonders aber mit dem Königshaus SHS wünschen wir unsere gutnachbarlichen Beziehungen aufrichtig zu befestigen und zu erweitern. Das Verhältnis zu Rumänien ist gut und wir hoffen es noch mehr zu festigen. Die Beziehungen zur Türkei vertiefen sich wirtschaftlich immer mehr, was eine gute Nachbarschaft verbürgt. Nichts ist uns im Wege, um auch mit Griechenland in gutnachbarlichen Beziehungen zu leben. Es ist aber die höchste Zeit, daß unsere Nachbarn begreifen, daß für die Ruhe des Balkans und das Wohl der Balkanvölker Bulgarien vom freien Meere nicht abgeschlossen werden darf und kann.

Ich hoffe, daß die Großmächte unsere legitimen Rechte begreifen werden und uns das geben werden, was uns in den Verträgen versprochen wurde. Unsere Beziehungen zu den Großmächten sind klar und werden durch die Verhältnisse bestimmt, in denen sich ein kleines und friedliebendes Land, wie es Bulgarien ist, befindet. Die Regierung hat seit ihrem Antritt erklärt, daß sie den Vertrag loyal erfüllen wird. Wir haben auch schon Beweise unseres guten Willens gegeben. Von den Großmächten fordern wir bloß, daß sie uns auf dem Wege der nationalen Wiedergeburt unterstützen. Die Großmächte können als die höchsten Schiedsrichter stets die Gefahren beseitigen, in welche die Balkanvölker einmal verwickelt werden könnten. Ich muß noch hinzufügen, sagte der Ministerpräsident, daß das Prestige und die Würde Bulgariens heute größer sind als vor einem Monat.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede, in welcher der Ministerpräsident das Finanzprogramm der Regierung behandelte, erklärte er, daß die Finanzpolitik nicht die Politik einer Klasse sein kann und niemals gegen das Kapital gerichtet (!) sein darf. Er berührte hierauf die Frage der Verschmelzung interessenverwandter Parteien, wobei er nachdrücklich auf die unumgängliche und dringende Notwendigkeit einer solchen Verschmelzung hinwies, die koste, was es wolle, verwirklicht werden müsse. Die gesamte Intelligenz muß in die Dienste des Staates gestellt werden. Sie könnte jedoch nicht wirksam zu seinem Wohle tätig sein, wenn sie, wie es heute der Fall ist, in zahlreiche politische Parteien zersplittert bliebe. Die Regierung ist von dem Erfolg der Parteienverschmelzung überzeugt und sieht darin das Geheimnis einer glücklichen Zukunft Bulgariens.

Baldwin über die Frage der interalliierten Schulden.

London, 10. Juli. (Havas). Im Unterhause erklärte Ministerpräsident Baldwin in Beantwortung auf eine Anfrage über den Stand der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden: Da das englische Angebot vom Jänner d. J. nicht angenommen wurde, hat England freie Hand, es könne auf keine Erwägung eingehen, daß die Opfer, welche die Regelung der beiden erwähnten Fragen erfordern würden, auf Kosten der englischen Steuerzahler gingen. Der Finanzsekretär erklärte auf eine andere Anfrage, daß keine im Ruhrgebiete und im Rheinlande getroffene Maßnahme materiell die Stellung der englischen Armee im Kölner Abschnitt betrifft. Auf eine Anfrage des Sozialisten Buxton erklärte Mac Neill, daß sich die deutschen Behörden nirgends über eine ungenügende Verpflegung des Ruhrgebietes beschwerten.

Intervention des Papstes in Brüssel.

Brüssel, 9. Juli. Wie die „Agence Belge" von besonderer Seite erfährt, erfolgte heute der vom „Osservatore Romano" angekündigte Schritt des päpstlichen Nuntius bei der belgischen Regierung. Ein früherer Zeitpunkt war infolge der Abwesenheit des Ministers des Aeußeren nicht möglich. Der Papst habe durch seinen Vertreter in Brüssel der belgischen Regierung mitteilen lassen, daß er sehr wohl verstehe, daß die belgischen Behörden alle für die Sicherheit der Truppen notwendigen Maßnahmen ergriffen haben, jedoch die Hoffnung ausgedrückt, daß es der belgischen Regierung nicht unmöglich sein werde, auf eine Beruhigung hinzuwirken und einen Beweis von Milde gegenüber der Bevölkerung des besetzten Gebietes zu geben.

Der Erhardt-Prozeß.

Berlin, 10. Juli. Zu dem am 23. Juli vor dem Staatsgerichtshof beginnenden Erhardtprozeß sind 100 Zeugen geladen. Es wird mit einer Prozeßdauer von mindestens 10 Tagen gerechnet.

Inland.

Eine sprachenrechtliche Entscheidung. Das Kreisgericht Jungbunzlau hat nachstehende Entscheidung gefällt:

„Das Kreisgerichtspräsidium in Jungbunzlau hat über die Aufsichtsbeschwerde des Gemeindeamtes in Labau gegen das Bezirksgericht in Eisenbrod in der Sache Nr. I 317/23, in welcher das Bezirksgericht eine in der Staatssprache verfaßte Kundmachung vom 5. April 1923, Nr. I 317/23/1, dem Gemeindeamte in Labau zum Anschlage übermittelt und eine deutsche Uebersetzung verweigert hatte, in Ausübung des ihm nach § 7 des Gesetzes vom 29. Feber 1920, Slg. Nr. 122, zustehenden Aufsichtsrechtes erkannt, daß das Bezirksgericht in Eisenbrod mit Unrecht dem Gemeindeamte in Labau das oben angeführte Edikt nur in der Staatssprache eingesendet hat. Eine weitere Verfügung entfällt, weil die im Edikte festgesetzten Fristen bereits abgelaufen sind.

Gründe:

Im vorliegenden Falle bezieht sich die Wirksamkeit des Bezirksgerichtes Eisenbrod auch auf den Gerichtsbezirk Gablonz a. N., in dessen Gerichtssprengel die Gemeinde Labau gelegen ist. Diesen Bezirk bewohnt eine nach § 2, Absatz 2, des Sprachengesetzes qualifizierte deutsche Minorität. Es war demnach das Bezirksgericht Eisenbrod verpflichtet, die für die Gemeinde Labau bestimmte Kundmachung auch in der deutschen Sprache herauszugeben.

Jungbunzlau, am 30. Juni 1923."

Zu dieser Entscheidung des Kreisgerichtes Jungbunzlau ist Folgendes zu bemerken: Das Bezirksgericht Eisenbrod hatte schon im Jahre 1921 in einer Grundbuchssache ein nur tschechisches Edikt der Gemeinde Labau zur Verlautbarung übersendet. Der vom Verbande der deutschen Selbstverwaltungskörper dagegen erhobenen Aufsichtsbeschwerde gab damals das Kreisgericht Jungbunzlau nicht statt, wohl aber im weiteren Instanzanzuge das Prager Oberlandesgericht. Trotzdem blieb das Bezirksgericht Eisenbrod bei seiner gegen das Sprachengesetz verstoßenden Praxis, die nunmehr neuerlich als gesetzwidrig erkannt worden ist. Wir werden nun sehen, ob das Bezirksgericht Eisenbrod jetzt seine Praxis mit dem Sprachengesetze in Uebereinstimmung bringen wird. Sollte dies nicht geschehen, so wird es notwendig werden, durch geeignete Mittel dem Sprachengesetze beim Bezirksgerichte Eisenbrod Geltung zu verschaffen. Denn bei der bloßen Feststellung, daß das Bezirksgericht Eisenbrod in einem konkreten Falle gegen das Sprachengesetz verstoßen hat, darf es natürlich nicht sein Bewenden haben.

Verdrehungen des „Pravo Lidu". Noch immer sind die tschechischen Sozialdemokraten bestrebt, nach Rechtfertigungen für ihre aktive Teilnahme an der Schaffung des Schutzgesetzes zu suchen. Da sie aber keine sachlichen Gründe dafür aufzutreiben vermögen, versuchen sie es mit Rabulistik. Gestern knüpfte das „Pravo Lidu" an die von unserem Blatte dem „Rude Pravo" entnommene Nachricht an, wonach Dr. Kramař den Plan haben soll, bei geeigneter Gelegenheit, das wäre im Falle des Todes des Präsidenten Masaryk, einen englischen Prinzen zum König der Tschechoslowakei auszurufen. Wer unsere Notiz, die im allgemeinen eine Wiedergabe der Notiz des „Rude Pravo" war, gelesen hat, der weiß, daß wir der Sache wahrhaft keine übertriebene Bedeutung beigelegt haben, wobei wir allerdings aus unserem Glauben kein Hehl machten, daß dem Dr. Kramař, der Zeit seines Lebens ein Schwärmer für den russischen Zaren war, und der sich auch mit dem Kaiser Franz Josef recht gut ver-

Amerikanische Verkehrswunder.

New York! Der Europäer, der heute nach New York kommt, ist im Geiste schon so erfüllt von der Vorahnung der technischen Wunder, die ihm die neue Welt verheißt, daß er über deren sinnfälligste Erscheinungen, die Wolkenkratzer, weniger staunt als über solche Errungenschaften, an die er vorher gar nicht gedacht hat, aus dem einfachen Grunde, weil er von ihnen nichts wußte. Und wenn in dem ungeheuren Gewirr der Sechsmillionenstadt irgend etwas imposant, verblüffend, überwältigend selbst für den Anspruchsvollsten ist, so ist das gewiß an erster Stelle das geradezu ins Riesenhafte ausgedehnte System von Untergrundbahnen, die zeils parallel, teils übereinander untereinander die Riesenstadt nach allen Himmelsrichtungen hin durchziehen. Der East River, der weit hinauf für Ueberseedampfer befahrbar ist, wird an drei Stellen von Untergrundlinien untertunnelt, deren jede eine durchschnittliche Länge von 20 bis 35 Kilometer hat. Alle Linien sind viergeleisig; die beiden inneren Geleise dienen nur dem Expreßverkehr. Einige der Untergrundbahnhöfe sind von einer Ausdehnung, daß es für den Fremden geradezu unmöglich ist, sich allein zurechtzufinden. Das gilt besonders für die Station der 42. Straße „Times Square", wo mehrere Linien zum Teil untereinander zusammentreffen. Ohne auf das Straßenniveau hinaufgehen zu müssen, findet man dort Anschlüsse nach allen Richtungen der Weltstadt.

Ueberraschend ist die geradezu raffinierte praktische Art der Verkehrsregelung. Der Hauptwert wird dabei auf die Sicherheit gelegt. Man muß zugeben, daß in dieser Beziehung alles überhaupt Menschenmögliche getan ist. Das Signalsystem wirkt durchwegs automatisch. Ist ein Zug über ein Signal gefahren, so leuchtet von selbst sofort das rote Licht auf, das sich ebenso automatisch in mattrosa verändert, wenn der Zug das nächste Signal passiert. Erst wenn der Zug den dritten Blockabschnitt erreicht hat, leuchtet das erste Signal wieder grün auf. Für den Fall, daß der Motorführer doch einmal das Haltesignal übersehen sollte, schaltet sich durch eine sinnreiche Einrichtung der Motor des Zuges von selbst aus, und der Zug bleibt stehen. Selbst für den seltenen Fall, daß dem Führer in seinem Abteil etwas zustoßen sollte, sind Vorkehrungen getroffen. Der Motor wird nämlich derart bedient, daß der Führer einen Hebel herunterdrücken und ihn dauernd so halten muß, so lange sich der Zug in Bewegung befindet. Sollte nun dem Motorführer etwas zustoßen, ihn z. B. der Schlag treffen, so würde der Hebel augenblicklich hochschnellen, die Kraft wäre ausgeschaltet, der Zug bliebe stehen und blockierte in demselben Augenblick auch den Signalabschnitt, auf dem er stehen bleibt. Das New Yorker Untergrundbahnsystem hält also, was es verspricht: „Safety first" — „Sicherheit an erster Stelle".

Während man in Berlin immer noch nach dem besten und praktischesten Wagensystem für die geplante Elektrisierung der Stadtbahn Ausschau hält, ist diese Frage längst in denkbar bester Weise von der New Yorker Untergrundbahn gelöst. Die Züge bestehen aus 6 bis 8 vierachsigen Wagen, deren jeder etwa eine Länge eines der Berliner Untergrundbahnwaggons hat. Die Wagen haben drei Türen an jeder Seite, zwei an den Enden und eine in der Mitte. Das Oeffnen und Schließen der Türen sowie das Geben des Abfahrtsignals erfolgt von innen auf automatischem Wege durch den Zugführer. Auf diese Weise sind Türschließer und Aufsichtsbeamte auf den Stationen entbehrlich, und das Aufspringen auf einen schon in Fahrt befindlichen Zug ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das automatische Oeffnen und Schließen der Türen erfolgt so, daß der Zugführer, der sich in der Mitte des mittleren Wagens befindet, auf einen Knopf drückt. Der Mechanismus arbeitet aber infolge einer besonderen Vorrichtung nur, wenn der Zug steht. Durch die gleiche Vorrichtung kann der Motorführer den Motor nicht in Wirksamkeit setzen, so lange nicht alle Türen geschlossen sind. Auf jeder Station tritt der Zugführer aus dem mittleren Wagen heraus und sieht die Wagenreihen nach beiden Seiten hinunter. Erst wenn er wahrnimmt, daß die Fahrgäste ein- und ausgestiegen sind, läßt er die Türen sich automatisch schließen. Jeder einzelne Wagen des Zuges enthält solche automatischen Schließvorrichtungen, kann also jederzeit als mittlerer Wagen benutzt werden. Ein unbefugtes Drücken auf die Knöpfe der automatischen Schließvorrichtung bleibt erfolglos, wenn nicht vorher ein Schlüssel in den Apparat hineingesteckt und einmal herumgedreht ist. Einen solchen Schlüssel hat aber nur der Zugführer.

Durch diese sinnreichen Vorrichtungen kann der gesamte Untergrundbahnverkehr bei allergrößter Betriebssicherheit mit verhältnismäßig geringem Personal aufrechterhalten werden. Das Ausrufen der Stationen erfolgt durch den Zugführer vom mittleren Wagen aus, indem er in ein Telephon, das er in der Hand hält, den Namen der nächsten Station hineinspricht. Das Telephon ist mittels einer durch den ganzen Zug laufenden Leitung an große Phonographenschalltrichter angeschlossen, von denen sich zwei in jedem Wagen befinden. Der Zugführer hat auch den Namen der nächsten Station stets zweimal auszurufen, etwa in folgender Weise: „The net Stop is Washington Avenue; Washington Avenue is te net Stop!" — „Die nächste Haltestelle ist Washington Avenue; Washington Avenue ist die nächste Haltestelle!" Die vom Zugführer im mittleren Wagen in das Telephon gesprochenen Worte sind durch die Schalltrichter deutlich in jedem Wagen des Zuges vernehmbar.

Höchst praktisch sind auch die Stationen eingerichtet. Nirgends werden Fahrscheine verkauft. Man entrichtet einfach das Fahrgeld und geht dann durch ein Drehkreuz. Bei jeder Vierteldrehung kann immer nur eine Person hindurch. Mit dem Drehkreuz ist ein Zählapparat verbunden. Die Aufzeichnungen der Drehungen des Kreuzes müssen sich dann mit den Einnahmen decken. Auf diese Weise ist eine einfache, trotzdem aber zuverlässige Kontrolle ohne Fahrscheinausgabe, ohne Knipsen, ohne Fahrscheinabnahme und ohne besondere Kontrolleure gegeben. Durch eiserne Geländer sind auf jeder Station verschiedene Gänge geschaffen, in die man, auch wenn man mit den Verhältnissen der Station nicht vertraut ist, sozusagen zwangsweise hineinbugsiert wird. Dadurch wird verhindert, daß sich Ankommende und Abfahrende je begegnen oder drängen. Nach einer städtischen Verordnung müssen in der kalten Jahreszeit alle Wagen — auch die Straßenbahnen — elektrisch geheizt werden. Erwähnt sei zum Schluß noch, daß das Ausspeien auf den Fußboden der Stationen oder im Innern der Wagen sowie Rauchen strengstens verboten ist.

Man mag vielleicht einwenden, daß sich bei großem Andrang auch auf der New Yorker Untergrundbahn der Verkehr sicherlich nicht so glatt abwickeln wird. Und doch geschieht das. Ein Oeffnen der Türen von außen und Aufspringen während der Fahrt ist einfach unmöglich, da die Türen nur von innen geöffnet und geschlossen werden können. Sollte jemand einmal versuchen, sich mitten in die Tür zu stellen und dadurch das automatische Schließen der Türen zu verhindern, so würde er sofort festgenommen werden. Das wird in New York aber niemals jemand versuchen. Das New Yorker Publikum wahrt geradezu musterhafte Selbstzucht und Ordnung.

Felix Schmidt.

trug — nannte er ihn doch nach seinem Tode einen Gentleman — die Schwärmerei für die Errichtung eines Königtums schon zuzutrauen ist. In dieser unserer Auffassung will das „Pravo Lidu" nun einen Widerspruch mit der in der Hamburger Denkschrift der deutschen Sozialdemokratie enthaltenen Feststellung erblikken, mit welcher gegen das Schutzgesetz polemisiert wurde und in der es heißt, daß es in der Tschechoslowakei keine Spuren einer antirepublikanischen oder gar monarchistischen Organisation gibt. Auf einmal, so meint das „Pravo Lidu", gibt es eine ganze monarchistische Partei. Das „Pravo Lidu" meint da, weiß Gott, welchen Trumpf auszuspielen! Daß wir die tschechische Bourgeoisie und ihre tschechische Vertretung, die Nationaldemokraten, niemals für Republikaner gehalten haben, das müßte auch das „Pravo Lidu" wissen! Und wenn nun das Blatt aus der Behauptung der Denkschrift, daß dem Schutzgesetz das Phantom der Existenz einer monarchistischen Bewegung nur als Vorspann dient, den Schluß zieht, daß wir nun selbst das Vorhandensein einer solchen „monarchistischen Bewegung" zugeben müssen, so zeigt es damit ein niedliches Beispiel der bei ihm weiter gar nicht überraschenden Verdrehungskünste. Um das „Pravo Lidu" zu beruhigen, sei also festgestellt: Herrn Kramař glauben wir nicht seine republikanische Gesinnung und schwören, daß ihm ein englischer Prinz als König der Tschechoslowakei tausendmal lieber wäre, als der gewählte Präsident des Staates. Wenn das „Pravo Lidu" dies für eine monarchistische Bewegung hält, gegen welche das Schutzgesetz zu schaffen nötig war, so mag es sich dies mit Herrn Dr. Kramař ausmachen, mit dem einträchtig die tschechischen Sozialdemokraten das Schutzgesetz beschlossen haben. Wir indes, und das möge sich auch das „Pravo Lidu" besonders eindringlich gesagt sein lassen, halten das Schutzgesetz für überflüssig und schädlich, auch wenn wir der Meinung sind, daß Dr. Kramař monarchistische Allüren zeigt.

Die Gemeindewahlen. Die deutsche Nationalpartei erläßt für die Gemeindewahlen einen Aufruf, in dem sie ihren Anhängern empfiehlt, überall den Grundsatz der selbständigen Kandidatenlisten und ihrer Koppelung „im Interesse der deutschen Sache" durchzuführen. — Die kommunistische Partei erinnert in ihrem Wahlaufruf an den Beschluß ihres letzten Parteitages betreffend die Wahlen. Sie wird überall eigene Kandidatenlisten aufstellen. Den Organisationen wird erlaubt, ihre Kandidatenlisten mit den Listen der anderen Arbeiterparteien zu koppeln. Für die Auswahl der Kandidaten wird deren politische Verläßlichkeit als maßgebend bezeichnet.

Professor Grabski polnischer Gesandter in Prag? Wie bereits gemeldet, dürfte das Amt des polnischen Gesandten in Prag mit dem Professor Grabski besetzt werden. Wenn sich diese Nachricht des Brünner nationaldemokratischen Blattes bewahrheiten sollte, hätte man es mit einem demonstrativen Akt des Regimes Seyda zu tun. Der polnische Ministerpräsident Seyda hat bekanntlich in seiner letzten Rede gegen die Tschechoslowakei ziemlich aggressive Töne angeschlagen, wie man sie sonst nur aus der polnischen nationaldemokratischen Presse, die ein würdiges Gegenstück der tschechischen nationaldemokratischen Zeitungen bildet, zu lesen gewohnt ist. Professor Grabski gehört der polnischen nationaldemokratischen Partei an und ist also keineswegs danach angetan, die tschechisch-polnische Verständigung zu fördern. Er war Vorsitzender der polnischen Delegation, welche nach der Besetzung Teschens in Krakau mit der tschechoslowakischen Delegation über die Teilung Teschens verhandelte. Seine Ernennung wird wohl in Prager Regierungskreisen alles eher als Freude hervorgerufen haben.

Ausland.

Die Geschäftskommission der sozialistischen Arbeiterinternationale hatte für Mittwoch den 11. Juli eine Sitzung des Büros nach Brüssel einberufen. Dem Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Wels und dem Vertreter der russischen sozialdemokratischen Partei Abramowitsch ist laut „Vorwärts" die Einreiseerlaubnis durch die belgische Gesandtschaft in Berlin, die von einer Rücksprache bei der belgischen Regierung abhängig gemacht wurde, bisher nicht erteilt worden, so daß beide Vertreter nicht rechtzeitig in Brüssel erscheinen können.

Beneš auf Reisen. Havas meldet aus Paris, daß Ministerpräsident Poincaré den Minister Dr. Beneš empfangen hat. Nachmittags reist Minister Dr. Beneš nach London, wo er mit Baldwin und Curzon konferieren wird. Nach seiner Rückkehr nach Paris wird er Poincaré einen neuerlichen Besuch abstatten. — Havas meldet: Vor seiner Abreise aus Paris hatte Minister Dr. Beneš eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem Direktor der politischen Abteilung im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Perretti della Rocca über die Beziehungen der Tschechoslowakei zu Frankreich. Minister Beneš äußerte lebhafte Befriedigung darüber, daß das Verhältnis zwischen den beiden Staaten so vorzüglich ist. Das Gespräch betraf hauptsächlich den französisch-tschechoslowakischen Handelsvertrag, über den soeben verhandelt wird.

Ein teuerer Besuch. Das Tschechoslowakische Preßbureau meldet aus Paris: Die Regierung legte der Kammer einen Gesetzentwurf vor, mit dem 280.000 Franks für den Empfang des Präsidenten Masaryk in Paris bewilligt werden. In der Begründung führte Ministerpräsident Poincaré aus, daß die Regierung sich von diesem Besuche die besten Ergebnisse verspricht, was die Festigung der Bande anbelangt, die Frankreich mit der Tschechoslowakischen Regierung verbinden. Die Regierung schreibt der Mitwirkung der ČSR. in allen Fragen, die die Erhaltung der durch die Friedensverträge festgesetzten Grenzen, die Entwaffnung der Mächte, welche den Krieg hervorgerufen haben, und die Erfüllung der Reparationen betreffen, die größte Bedeutung zu.

Zusammenstöße im Gebiete des Jordan. Die „Times" berichten aus Damaskus, daß es jenseits des Jordan zu Zusammenstößen zweier Stämme kam, wobei es zirka 100 Tote gab.

Stillstand der Glashütten im Isergebirge.

Mehr als 1600 Glasarbeiter im aufgezwungenen Ausstand. — Gendarmerie gegen Streikposten. — Ein Arbeiter von einem Gendarmen geohrfeigt. — Drohende Verschärfung des Kampfes.

Tannwald, 10. Juli. (Eigenbericht.) Mehr als 1600 Glashüttenarbeiter des Isergebirges befinden sich seit heute früh im Streik, weil, wie wir bereits gestern berichtet haben, die Unternehmer zu den letzten Verhandlungen nicht erschienen sind und somit jede Möglichkeit einer Einigung genommen hatten. Durch den Streikbeschluß, der in den Versammlungen, die gestern abends im Isergebirge stattfanden, gefaßt wurde, sind sämtliche Glashütten der Bezirke Gablonz, Tannwald und Trautenau zum Stillstand gekommen. In diesen Betrieben wird zum Großteile Rohglas, welches einer weiteren Verarbeitung in den unzähligen Glashütten und Heimarbeitsstellen des nordböhmischen Gebietes dient, erzeugt, wodurch bei längerem Anhalten des Streiks die Gefahr nahe gerückt ist, daß auch andere Betriebe des nordböhmischen Industriegebietes, soweit sie Glaswaren liefern, infolge Rohglasmangels geschlossen werden müssen, was eine große Katastrophe für diese Gebiete wäre, da viele Arbeiter seit langem nur gekürzt arbeiten können, während andere bereits arbeitslos sind.

Als besonderes Merkmal des ersten Streiktages wäre anzuführen, daß die Firma Josef Riedel in Polaun bereits vier Oefen gelöscht hat, wodurch schon jetzt die Tatsache feststeht, daß gegen 180 Arbeiter, selbst wenn eine Einigung erzielt wird, auf Monate hinaus arbeitslos werden, nachdem auf eine Wiederaufnahme dieses Betriebes unter drei Monate nicht zu denken ist.

Ferner ist anzuführen, daß die Behörden ihre Aufgabe vor allem darin erblicken, zum Schutze der Unternehmer massenhaft Gendarmen aufzubieten und daß sich die Gendarmen auch willig zeigen, indem sie gegen die Streikenden vorgehen und ohne jeden Grund Konflikte heraufbeschwören. So wurde ein Streikender in Unter-Maxdorf von den Gendarmen aus Josefsthal angehalten, ihm zu erklären, was er eigentlich hier mache, und als er zur Antwort gab, daß er als Streikender hier sei und dabei die Hand mit der Zigarette etwas vorhielt, wurde ihm diese aus der Hand geschlagen. Als nun der betreffende Arbeiter an diesen famosen „Verwahrer der öffentlichen Ruhe" die Frage richtete, ob ihn jemand behindern könne, hier auf der Straße hin und herzugehen, wurde ihm von dem Gendarmeriewachtmeister eine Ohrfeige(!) gegeben. Der Zentralverband der Glasarbeiter hat in dieser Angelegenheit sofort die Beschwerde an die politische Bezirksverwaltung weitergegeben und verlangt, daß sofort die Untersuchung über diesen unerhörten Vorfall eingeleitet werde. Ferner ist von seiten der Gewerkschaftsorganisation bei der politischen Bezirksverwaltung das Verlangen gestellt worden, es mögen die Sicherheitsorgane angewiesen werden, daß sie die Streikposten unbehelligt lassen und nicht selbst als Streikförderer sich betätigen.

Die Vertreter der Behörden und des Gewerbeinspektorates in Reichenberg haben sich im Laufe des heutigen Tages bemüht, Verhandlungen zur Herbeiführung einer Einigung einzuleiten und ist diesen Vertretern seitens der Gewerkschafts- und der Vertrauensmänner die Versicherung gegeben worden, daß die Arbeiter jederzeit bereit sind, zu verhandeln, wenn dabei über die Frage der Löhne, des Urlaubes und der Ueberzeit grundlegend entschieden wird.

Da bei der Firma Josef Riedel vier Oefen gelöscht wurden, ist die Gefahr naheliegend, — wenn nicht in kürzester Zeit eine Einigung erzielt wird — daß es zu einer Verschärfung des Kampfes kommt, da dann die technische Nothilfe, welche die Oefen in den bestreikten Betrieben nicht ausgehen läßt, diese verläßt, was einen Millionenschaden für die Unternehmer und eine Katastrophe für die gesamte Glasindustrie des Gebietes nach sich ziehen würde.

Das Attentat auf die Parteidruckerei in Münster.

Einer der Attentäter verhaftet.

Berlin, 10. Juli. (Eigenbericht.) Einer der Attentäter gegen die sozialdemokratische Parteidruckerei in Münster ist am Montag verhaftet und der Polizei übergeben worden. Die Spuren führen ins besetzte Gebiet und nach Süddeutschland in die Kreise bekannter rechtsradikaler Organisationen. Zwei weiteren Attentätern ist man auf der Spur. Die Bekanntgabe weiterer Einzelheiten muß im Interesse der Untersuchung unterbleiben.

Ende des passiven Widerstandes der österreichischen Bundes-Angestellten.

Wien, 10. Juli. (Eigenbericht.) Mit Rücksicht darauf, daß sich der Achterausschuß der Staatsangestellten auf ein Mindestprogramm geeinigt hat, hat der Reichsverband der öffentlichen Angestellten die Einstellung des passiven Widerstandes beschlossen. Der passive Widerstand, der 14 Tage gedauert hat, wurde dementsprechend heute beendet.

Die Regierung kündigt an, daß sie dem außerordentlichen Kabinettsrat eine Verordnung über die Erhöhung der Post- und Telegraphentarife vorlegen wird. Die Regierung wird hiebei nicht die Erhöhung auf eine bestimmte Summe verlegen, sondern die Ermächtigung verlangen, die Erhöhung im notwendigen Ausmaße im eigenen Wirkungskreise vorzunehmen.

Deutschland — ein Vulkan.

Berlin, 10. Juli. (Eigenbericht.) Die Ankündigung besonderer Maßnahmen durch die englische Regierung hat die außenpolitische Lage Deutschlands um nichts geändert. Es ist zu erwarten, daß Poincaré mit einer Verschärfung des Druckes im Ruhrrevier antworten wird. Die deutsche Sozialdemokratie hatte davor gewarnt, auf den Zwist zwischen England und Frankreich besondere Hoffnungen zu setzen und hat von der Reichsregierung verlangt, daß durch eine aktive Politik im Innern und Aeußeren die Vorbedingungen zu einer Verständigung mit allen Alliierten geschaffen werden. Das ist bisher versäumt worden und es ist zu befürchten, daß Deutschland die Folgen der französisch-englischen Uneinigkeit zu tragen haben wird. Im Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat Abgeordneter Stresemann ausgeführt, daß wir auf einem Vulkan tanzen und daß nur eine entschlossene und kluge Politik einen Ausweg schaffen könne.

Die Reichsregierung läßt leider nicht erkennen, ob sie den sozialdemokratischen Forderungen nachkommen will. Sie hat jetzt aufs neue in der Währungsfrage versagt. Die dritte Stützungsaktion für die Mark kann als fehlgeschlagen betrachtet werden, weil auch hier die Regierung die Reichsbank mit halben Maßnahmen arbeiten ließ und nichts getan hat, um endlich Ordnung in die Staatsfinanzen zu bringen. Nur durch Anspannung der Steuerkraft der besitzenden Klassen kann die Vermehrung der schwebenden Schuld gehemmt und der Inflation Einhalt geboten werden. Die Sachwertebesitzer müssen zur Aufnahme von Goldanleihen und zur Ablieferung von Devisen gezwungen werden, sonst ist der finanzielle Zusammenbruch des Reiches unvermeidlich.

Ruhe in Potsdam.

Berlin, 10. Juli. In dem Potsdamer Vororte Nowawes war heute im allgemeinen wieder Ruhe. Die Geschäfte haben zum größten Teile wieder geöffnet, jedoch sind die Lebensmittelpreise bedeutend herabgesetzt worden. Auf Grund der gestrigen Besprechungen mit den Gewerkschaftsvertretern sind für die verschiedenen Lebensmittelbranchen Preisprüfungskommissionen gebildet worden, die von Geschäft zu Geschäft gehen. Am Nachmittage veranstalteten die Erwerbslosen einen Protestzug durch die Stadt und eine Kundgebung vor dem Rathause.

Ueberfall auf den deutschen Geschäftsträger in Brüssel.

Berlin, 10. Juli. (Wolff.) Nach einer Meldung aus Brüssel ist der dortige deutsche Geschäftsträger gestern abends nach Verlassen der Gesandtschaft bei Betreten eines Privathauses von einem jungen Belgier durch einen Faustschlag ins Gesicht leicht verletzt und nach Festnahme des Täters von diesem beleidigt worden. Die belgische Regierung ist auf diplomatischem Wege um Entschuldigung und Bestrafung des Täters ersucht worden. — Zum Ueberfall auf den deutschen Geschäftsträger in Brüssel bringt die „B. Z. am Mittag" eine Meldung des „Echo de Paris", wonach gestern gegen 7 Uhr der deutsche Geschäftsträger, als er sich nach Hause begab, von zwei früheren belgischen Frontkämpfern, darunter einem Reserveoffizier, mit Faustschlägen bearbeitet wurde. Auf die Rufe des deutschen Geschäftsträgers kam das Gesandtschaftspersonal hinzu, welches die Polizei alarmierte, die die beiden Täter auf die Polizeistation brachte. Der Polizeikommissär stellte die Personalien der beiden früheren Frontkämpfer fest und ließ sie hierauf frei. Beim Verhör erklärten sie, daß sie dem deutschen Diplomaten eine Lehre erteilen wollten, weil er am verflossenen Sonntag die Manifestanten, die gegen das Duisburger Attentat protestierten, verspottet hat. Wie die „B. Z." weiter dazu meldet, handelt es sich um den Botschaftsrat Rüdiger, der seit der Abberufung des deutschen Gesandten Doktor Landsberg das Reich in Brüssel vertritt.

Brüssel, 10. Juli. Die Agence Belge meldet: Es verlautet, daß die Regierung beschlossen habe, wegen des von der „Nation Belge" gemeldeten Angriffes auf den deutschen Geschäftsträger eine Untersuchung einzuleiten.

Neue Besetzungen.

Frankfurt a. M., 10. Juli. (Wolff.) Heute früh sind die Bahnhöfe Arheiligen, Sprendlingen und Sprendlingen-Buchschlag von den Franzosen besetzt worden.

Düsseldorf, 10. Juli. (Havas.) Die Franzosen haben die Gruben „Borussia" bei Gelsenkirchen und „Amelia" bei Linden besetzt, wobei beträchtliche Kohlenlager beschlagnahmt wurden.

Ein Zusammenstoß.

Düsseldorf, 10. Juli. (Havas.) Bei Landstuhl wurde eine französische Patrouille von Deutschen angegriffen. Die Patrouille setzte sich zur Wehr, wobei ein Deutscher getötet und der Kommandant der Patrouille verwundet wurde.

Ein belgischer Soldat erschossen.

Paris, 10. Juli. Die Ag. Havas meldet aus Hasselt, nach einem dort eingetroffenen Telegramm sei ein belgischer Soldat des 11. Linienregimentes durch drei Revolverschüsse in den Rükken getötet worden. Die Tat sei am Samstag abends von einem Deutschen, der entflohen sei, begangen worden.

Aufhebung der Rheinlandsperre.

Berlin, 10. Juli. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Köln teilte die interalliierte Rheinlandskommission mit, daß die Verkehrssperre mit dem Ablauf von 14 Tagen ihr Ende erreichen wird, so daß von diesem Zeitpunkte an die Paßbestimmungen wie vor dem Eintritte der Sperre gelten.

Die deutschen Kohlenwucherer.

Berlin, 10. Juli. Zu der gestern beschlossenen neuen Erhöhung der Kohlenpreise um 58 respektive 50 Prozent entsprechend der gleichen Erhöhung der Arbeitslöhne, wird im Handelsteil der „Voss. Ztg." darauf hingewiesen, daß dadurch die Teuerung einen weiteren kräftigen Anstoß bekommt, und man darauf achten müsse, daß nicht wieder von der weiterverarbeitenden Industrie unter Berufung auf die höheren Kohlenpreise höhere Zuschläge als gerecht festgesetzt werden. Das Blatt hebt tadelnd hervor, daß der Dollarstand von 180.000 das 45.000fache des Friedensstandes bedeutet, der jetzige Kohlenpreis aber von 835.000 Mark pro Tonne das 69.000fache des Friedenspreises darstellt, also einem Dollarstande von 270.000 entsprechen würde. Hiebei sei zu berücksichtigen, daß die Arbeitslöhne, die nur 40 Prozent der Gesamt-Kosten der Kohlen ausmachen, keineswegs auf dasselbe Vielfache gegenüber dem Friedensstande gestiegen seien.

Ein Dementi.

Belgrad, 10. Juli. Die Nachrichten, daß in Kroatien alle Organisationen der Radićpartei aufgelöst wurden, sind völlig unwahr. Alle Militärflüchtlinge wurden vollkommen amnestiert und zur Rückkehr aufgefordert.

Der Prozeß Watter gegen Schiff.

Berlin, 10. Juli. Das Berufungsgericht hat heute über die Beleidigungsklage des früheren Generals der Reichswehr Generalleutnant Watter gegen den Redakteur des „Vorwärts" Schiff, der u. a. Watter der Teilnahme am Kapp-Putsche beschuldigt hatte, die Geldstrafe von 10.000 Mark, zu der Schiff vom Erstgerichte verurteilt wurde, auf 1500 Mark herabgesetzt.

Rückzug Englands?

London, 10. Juli (Havas). In der Erklärung, die Baldwin in der Sitzung des Unterhauses am Donnerstag abgeben wird, wird er sich in bestimmter Form über die Absichten der britischen Regierung aussprechen, seinem freundschaftlichen Gefühle den Alliierten gegenüber Ausdruck geben und bemerken, daß die britische Regierung nichts unternehmen wird, was das französisch-englische Einvernehmen ändern könnte.

London, 10. Juli. (Havas.) Lord Curzon empfing gestern nachmittags den deutschen Botschafter Sthamer. Reuter meldet, daß die Erklärung Baldwins und Lord Curzons über das Ruhrgebiet auf Donnerstag verschoben wurde. Es geschah dies deswegen, weil die Erklärung über die britische Politik im Hinblick auf die weitreichende Bedeutung die sorgfältigste Vorbereitung erfordert.

Allgemein ist man der Ansicht, daß die französisch-englischen Unterredungen über die französische Haltung in der Ruhrangelegenheit beendet sind, da keinerlei Dispositionen zu ihrer Wiederaufnahme getroffen wurden.

Nach der „Pall Mall Gazette" soll die britische Regierung die Ernennung eines Ausschusses englischer Fachleute erwägen, der die Zahlungsfähigkeit Deutschlands studieren würde.

London, 9. Juli. Das Reutersche Bureau erfährt, daß alles Gerede über einen Bruch mit Frankreich wegen der Reparationsfrage in amtlichen Kreisen in London nachdrücklich mißbilligt wird. Bezüglich des Inhaltes der Erklärung über die britische Politik, die am Donnerstag in beiden Häusern des Parlaments abgegeben werden wird, sei nichts bekannt, doch könne zuverlässig gesagt werden, daß diese Erklärung nichts Sensationelles (nothing spectacular) bringen werde. Sie wird den Versuch machen, vor der Welt die Ansichten der britischen Regierung über die Wiederherstellung Europas offen darzulegen. Die Tür werde offen gelassen werden für eine volle Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich und es werde aufrichtig gehofft, daß die französische Regierung eine Möglichkeit sehen werde, sich mit der britischen Politik zu vereinigen. Selbst wenn es sich als notwendig erweisen sollte, daß Großbritannien seine eigene Richtlinie verfolge, so sei dazu zu bemerken, daß Frankreich schon zweimal eine Sonderaktion gegenüber Deutschland unternommen habe, — einmal als es das Ruhrgebiet besetzte und dann als es das erste deutsche Anbot beantwortete — ohne England zu befragen und daß dies doch keinen Bruch in der Entente verursacht habe. Die britische Regierung ziehe sicher keine Aktion in Erwägung, die einen derartig drastischen Charakter habe.

London, 10. Juli. Der „Evening Standard" meldet, das Kabinett werde morgen nachmittag zusammentreten, um den Wortlaut der wichtigen Erklärung über die britische Politik endgültig festzusetzen, die am Donnerstag in beiden Häusern des Parlaments durch Baldwin und Curzon abgegeben werden soll.

Tages-Neuigkeiten.

Lied der Armen.

„Wir sind die Armen, wir sind die Elenden,
Arme und Elende sind wir nicht,
Weil mit reichen Tönen, mit glückbeseelenden,
Zu uns die Stimme der Zukunft spricht.
Wir sind die drunten in Tiefen Wohnenden,
Um unser Stirnen noch streicht die Nacht,
Doch wir beneiden die droben Thronenden
Nicht um die prunkenden Sessel der Macht.

Denn in die Tiefe sollen versinken
Gleißende Herrlichkeiten der Herrn,
Stürzen zur Rechten, stürzen zur Linken,
Ob ihren Häuptern erbleicht ihr Stern.
Aber zu unsern Häupten entflammen
Sterne der Freiheit ihr funkelnd Licht,
Goldene Säulen brechen zusammen,
Nimmer, was wir erbauen, zerbricht.

Uns ist gefallen ein Los vor allen
Unvergleichlich und wahrhaft schön:
Wir steigen aufwärts und vorwärts wallen
Wir zu des Lebens leuchtenden Höh'n.
Wir sind die Armen, wir sind die Elenden,
Arme und Elende sind wir nicht,
Weil mit reichen Tönen, mit glückbeseelenden,
Zu uns die Stimme der Zukunft spricht."

Karl Henckel.

Stille Helden.

Von Hans Wendt.

An einem Sommertage schritten aus dem Tore der Privatklinik des bekannten Frauenarztes in der Vorstadt zwei Menschen langsam auf die Straße, ein Mann und eine Frau — beide etwa 30 Jahre alt. Schweigend gingen sie die Straße hinunter, indem der Mann sorgfältig seine Gefährtin stützte. Vor ihnen lag in der Tiefe die Großstadt in Dunst und Rauch; über ihnen strahlte die Sonne warm und hell. Wortlos schritten sie nebeneinander her, bis die Frau endlich das Schweigen brach: „Weshalb hat er dich alleine zu sich in das Sprechzimmer? Was hat er dir gesagt?" Ernst schaute der Mann auf, und lange mußte die Fragende warten, bis sie die Antwort vernahm: „Nun, er war sehr zufrieden mit dem Verlauf der Operation und deiner Genesung. Dann hat er mir einige Verhaltungsmaßregeln gegeben und mir ans Herz gelegt, dir mit aller Liebe und Wärme zu begegnen." Die letzten Worte schienen ihm besonders schwer zu fallen, als ob er sich scheute, von Selbstverständlichkeiten zwischen ihnen zu reden. „Sagte er sonst nichts weiter?" Beklommen schwieg der Mann, die Lüge saß ihm schwer in der Kehle. Er dachte daran, sie zu etwas anderem abzulenken, aber seine Gedanken kehrten in dieser Stunde immer auf die eine große Frage zurück. In dieser Stunde, da ihm selbst das Weh so tief ins Herz schnitt. Doch mit dem Scharfsinn, der in solchen Lagen der Frau besonders eigen ist, kam sie seinem Ausweichen zuvor: „Sage mir die Wahrheit: ich werde es ja doch ertragen müssen! Sage es mir frei und offen! Ich flehe dich an! Ich werde nie Mutter werden können!" — Schwer und dumpf klang die kurze Antwort: „Ja!" — Nach einigen Minuten bangen Schweigens blickte der Mann leise und scheu zur Seite in das Gesicht der geliebten Frau. Doch ruhig und gefaßt schauten ihre Augen in seine. Alle Aufregung und Unruhe war von ihr gewichen; mit ihrer weichen, klangvollen Stimme erwiderte sie: „Ich wußte es!"

Just wollte der Mann mit einem aufflackernden Strahl der Hoffnung im Herzen von neuem zu reden beginnen, als aus einem der kleinen Gartenhäuser zwei Knaben mit frischen Wangen und leuchtenden Augen hervorschossen, die im munteren Spiel einander zu haschen suchten. Fast hätten sie in ihrem Lauf die Frau zum Fallen gebracht. Da erschien ein etwas älteres Mädchen — die Schwester der Knaben — am Gartengitter und mahnte die Buben zur Ruhe. Lachend kamen sie heran, neckten und liebkosten das Mädchen, während die Sonne die liebliche Geschwistergruppe mit goldenen Strahlen umfloß. Die Wunden im Herzen des Mannes begannen von neuem zu bluten und flossen stärker denn je. Nur mühsam seine Erregung verbergend, wollte er mit tröstenden Worten die Frau weiterführen, als diese stehen blieb und mit Tränen in den Augen die Geschwister betrachtete, die verwundert auf die blasse Frau schauten. Endlich wandte sie sich ab und setzte ihren Weg fort, der hastenden, dunstigen Großstadt entgegen. Freundlich drückte sie dem Manne die Hand und sprach warm und ruhig zu ihm: „Wir müssen lernen, uns am Glück anderer zu erfreuen!"

Abgeordneter Jung in Troppau-Katharein. Für Montag abends hatten die deutschen Nationalsozialisten in Katharein bei Troppau eine Versammlung einberufen, die jedoch nicht zustande kam. Die deutschen Sozialdemokraten des etwa 10.000 Einwohner zählenden Ortes hatten nämlich die Arbeiter aufgefordert, sich anzuhören, was die Bürgerlichen und insbesondere die Hakenkreuzler jetzt knapp vor den Gemeindewahlen zu sagen hätten, nachdem sie sich während der ganzen Funktionsperiode der Gemeindevertretung um die Kommunalangelegenheiten überhaupt nicht gekümmert und es den deutschen Sozialdemokraten beispielsweise ganz allein überlassen hatten, den Schulkampf in der Gemeinde zu führen. Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter Kathareins wollten es sich nicht gefallen lassen, daß nun die Nationalsozialisten ihre Anrempelungen, mit denen sie bereits begonnen hatten, fortsetzen. Schon um sieben Uhr fanden sich unsere Leute vor dem Gasthause ein, in welchem für acht Uhr die Versammlung angesetzt war. Der Wirt des Lokales hielt unsere Genossen brutal vom Besuch der Versammlung zurück, während er die Nationalsozialisten durch ein Extrazimmer in den Versammlungsraum gehen ließ. Als nun auch Jung erschien und durch dasselbe Hintertürchen zu seinen Hakenkreuzlern gelangen wollte, forderten ihn die draußen harrenden deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Arbeiter auf, die Versammlung auch für sie freizugeben. Jung widersetzte sich und als er allein sich den Zugang zu seiner Versammlung erzwingen wollte, kam es zu einer erregten Auseinandersetzung, in deren Verlaufe der tapfere Jung noch ein paar Hiebe abbekam. Polizei intervenierte und verbot sodann die Abhaltung der Versammlung.

Todesopfer des Militarismus. Aus Olmütz wird gemeldet: Gestern um 9 Uhr wurde beim Schießen des 1. Bataillons des 27. Infanterieregiments der Soldat Barnabas Bodor aus Ozdaß bei Rimavska Sobota am Kopf schwer verwundet, und ist im Garnisonspital Olmütz seinen Verletzungen erlegen. Die Untersuchung wurde eingeleitet.

Prügelkatechesen. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" registriert: Der Katechet Daniel Glier von der Volksschule in Ottakring, Bebelplatz Nr. 1, riß ein Mädchen der vierten Volksschulklasse an den Haaren und schleuderte es dann in die Bank, daß es blutete. In allen Klassen zwingt er die Kinder, zur Beichte und Kommunion zu gehen, und drohte ihnen mit schlechten Sittennoten, wenn sie nicht gingen. Ebenso droht er den Schülerinnen, die am Sonntag statt in die Kirche zu den Kinderfreunden gehen. Der Katechet Theodor Strök der Knabenvolksschule in der Liebhardtgasse schlug zehnjährige Knaben mit einem Stock, beschimpfte sie „Plattenbrüder, Messerhelden, Gauner, ihr seid jetzt schon für das Zuchthaus reif" usw. So arg behandelte er freilich nur die Kinder, die von ihren Eltern nicht zur Beichte und Kommunion geschickt wurden. Schüler, die beichten gehen, kriegen keine Prügel, sondern bei einzelnen Anlässen nur den Kosenamen „Idiot". Der Katechet trug auch in der Schule offen das Hakenkreuz, weshalb ihn auch ein Vater in der Schule schon zur Rede stellte. — Der Katechet der Bürgerschule in der Grundsteingasse Robert Novak suchte ein Kind konfessionsloser Eltern, das nicht zur Beichte und Kommunion geschickt wurde, zur Täuschung der Eltern zu verleiten. „Glaubst, du hättest eine Sünde begangen, wenn du ohne Wissen deiner Eltern zur Beichte gegangen wärst?", schrie er einen Knaben in der Klasse an. Als der Schüler das bejahte, meinte er: „Das nächstemal gehst ohne Wissen deiner Eltern, das Gesetz verlangt es!" Der Geistliche Novak lehrt also in der Schule die verderbliche katholische Sittenlehre, daß man den Eltern nicht gehorchen und sie täuschen dürfe, wenn Pfaffen es wünschen. Der Stadtschulrat wird bei diesen Religionslehrern Ordnung machen müssen. Das ist ja wirklich schon eine förmliche Katechetenplage, wenn aus dem einen Bezirk Ottakring gleich drei solche geistliche Rinderschädiger gemeldet werden.

Arbeitergesandte. Die „Nova Doba" teilt mit: Die Vereinigte Internationale wird laut Erklärung ihres Sekretärs das System der Arbeitergesandten einführen, um eine engere Beziehung zwischen den einzelnen sozialistischen Parteien zu schaffen und um eine bessere Uebersicht und Informationen über die Verhältnisse der sozialistischen Parteien in den einzelnen Staaten zu erhalten. Dieses System würde sicherlich viele Mißverständnisse unter den sozialistischen Parteien beseitigen.

Der Attentäter gegen Dr. Kramář. Die „Lidové Noviny" bringen die Nachricht, daß der Attentäter auf Dr. Kramář, Alois Stastny, der bereits mehr als 20 Jahre alt ist, in der amerikanischen Armee dient und demnächst mit seiner Abteilung auf die Philippinen geschickt wird. Aus einem in die Tschechoslowakei geschickten Brief geht hervor, daß Stastny seine Tat bedauert.

Der deutsche Rennfahrer Lewanow tödlich verunglückt. Wie der „Lokalanzeiger" aus Amsterdam meldet, stürzte Montag abends der deutsche Rennfahrer Lewanow beim Radrennen und erlitt einen doppelten Schädelbruch. Er war sofort tot.

Flugzeugkatastrophe bei Le Havre. Wie das „Berl. Tageblatt" aus Paris meldet, geriet der Flugapparat des Fliegers De La Mare, der von Le Havre nach Lyon fliegen wollte, kurz nach dem Abfluge in Brand und stürzte zu Boden. Die Leiche des Fliegers wurde vollständig verkohlt aus den Trümmern des Flugzeuges hervorgezogen.

Der Verein Deutscher Studentenfürsorge, der die wirtschaftlichen Interessen der gesamten Hörerschaft der deutschen Hochschulen in Prag vertritt, führt auch in diesem Sommer eine Sammelaktion durch. Da der Ertrag den sozialen Einrichtungen der Studentenschaft, wie Studentenheim, Studentenküche usw., zugute kommt, wird die Beteiligung an dieser Aktion empfohlen. Spenden und Anfragen an den Obmann des Vereines Deutsche Studentenfürsorge Prof. Dr. Tschermak-Seysenegg, Prag II., Albertov 5.

Alkoholverbotskonferenz in Hamburg. Der Allgemeine Deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: Mit wachsender Besorgnis sehen die Kreise des deutschen Volkes, denen noch nicht alles gleichgültig geworden ist, den zunehmenden Alkoholverbrauch. Der „Likör" dringt in die Familiengeselligkeit ein, er beherrscht unsere Jugend. Volksgesundheit und Volkswohlfahrt sind in großer Gefahr. Das Notgesetz und das neue Schankstättengesetz sollen Hilfe bringen. In letzterem ist das Gemeinde-Bestimmungs-Recht enthalten. Mit diesem zusammen ist auch die Frage des Alkoholverbots erörtert worden, nicht immer in sachlicher Weise. Alle diese Dinge einmal sachkundig zu erörtern und zu klären, erscheint notwendig und wichtig. Der Allgemeine Deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus ladet nun in gemeinsamer Arbeit mit dem Ausschuß für Alkoholverbot in Deutschland zu einer Konferenz vom 26. bis 28. August nach Hamburg ein, um die mit dem Verbot gemachten Erfahrungen durch Vorträge von Vertretern verschiedener Länder mit teilweisem oder völligem Verbot und durch Personen, die aus eigener Anschauung und Erfahrung schöpfen, klar zu stellen. Die Einladung ergeht an alle sozial arbeitenden und denkenden Kreise, an alle, die ihr Beruf oder ihre persönliche Einstellung mit dem Kultur- und Geistesleben unseres Volkes verbindet, an alle führenden Männer und Frauen, namentlich auch an alle für unsere Jugend irgendwie Verantwortlichen. Mitteilungen und Anfragen sind an Herrn F. Goesch, Hamburg 30, Eppendorfer Weg 211, zu richten.

Die neue Everest-Expedition. Der aus den Mitgliedern der Royal Geographical Society in London bestehende Prüfungsausschuß für die Mount Everest-Besteigung hat, wie bekannt, beschlossen, im nächsten Jahr eine neue Expedition zur Eroberung des Daches der Welt auf den Weg zu bringen. Sie wird anfangs des Jahres 1924 aufbrechen, und die Dispositionen sind so getroffen, daß der Aufstieg Anfang Mai in Angriff genommen werden kann, d. h. vor dem Beginn der Regenzeit, die den Sommermonsum bringt, einen Regen, der auf jenen Höhen in Gestalt von Schnee niederfällt und in Begleitung von Orkanen auftritt, die jeder menschlichen Widerstandskraft spotten. Der Kampf um den höchsten Gipfel der Erde wird ungleich leidenschaftlicher geführt werden als die bisherigen Versuche. Finch und Mallory, die sich bei dem letzten Versuch in hervorragender Weise ausgezeichnet haben, werden auch diesmal die Führung übernehmen. Zurzeit verhandelt die englische Regierung mit dem Dalai Lama über die Festsetzung der Reiseroute, die zu dem eigentlichen Aufstiegsgelände führt. Bis zum Vorjahr war man noch im unklaren darüber gewesen, ob der Mensch überhaupt imstande ist, über 7500 Meter Höhe, die seinerzeit der Herzog der Abruzzen erreicht hatte, hinaus vorzudringen. Finch und Mallory gelangten aber im vorigen Jahr auf eine Höhe von 8225 bis 8301 Meter und übertrafen infolgedessen den von dem Italiener aufgestellten Rekord um etwa 800 Meter. Finch hatte bei dieser Gelegenheit überhaupt zum erstenmal den Himalaja gesehen. Die Gewaltleistung war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der Aufstieg im Mai gemacht wurde, zu einer Zeit, in der der Winterschnee von den furchtbaren Stürmen, die die am Pol herrschenden noch übertreffen, hinweggefegt worden war. Die neue Expedition wird wie die erste mit Sauerstoffflaschen ausgerüstet werden. Der beratende Arzt befürwortet indessen die subkutane Einspritzung von Sauerstoff, dem 20 Prozent Kohlensäure beigemischt sind, ein Verfahren, das bei Bergpartien auf den Mont Blanc bereits gute Dienste geleistet hat.

Das Räuberunwesen in China. Aus Shanghai wird der „Neuen Züricher Zeitung" berichtet: China macht wieder einmal auf unrühmliche Weise von sich reden: Eine Räuberbande von mehr als tausend Mann hat den Schnellzug, der von Jangtsetal nach Peking hinaufführt, nachts überfallen, indem die Leute kunstgerecht einige Schienen lockerten und einige Wagen entgleisen ließen. Die im Zuge befindlichen Europäer und Amerikaner, Männer wie Frauen, wurden in der dürftigsten Nachttoilette aus den Wagen herausgeholt. Hab und Gut der Reisenden sorgfältigst durchsucht und geplündert, und dann ging es in dunkler Nacht zu Fuß Meile um Meile vorwärts, bis schließlich die Frauen zusammenbrachen und nicht mehr weiter konnten; hatten sie doch nicht einmal ihr Schuhzeug anziehen dürfen, weil der Ueberfall so plötzlich und unerwartet gekommen war. Da entschlossen sich denn die Räuber, die Frauen laufen zu lassen, aber die Männer wurden weitergeschleppt. Einer wurde unterwegs erschossen, wahrscheinlich hatte er versucht, zu fliehen, einige andere entkamen durch List oder Glück, aber eine ganze Reihe wurde mit in die Schlupfwinkel geschleppt, wo diese gewalttätige Horde haust. Sie bewohnen einen ganzen Distrikt, der aus mehreren Kreisen besteht und sind fast durchwegs ehemalige Soldaten des früheren Gouverneurs.

Ein Repräsentationshaus der Bergarbeiter in Mährisch-Ostrau. In Mähr.-Ostrau wird mit einem Aufwande von vier Millionen Kronen ein Repräsentationshaus der Bergarbeiter errichtet. Mit dem Bau wird in nächster Zeit begonnen.

Das Gewicht von Selchwaren. In der letzten Zeit hat sich die Unsitte eingebürgert, daß Selchwaen zwar nach Wage und mit Preisbestimmung für ein Kilogramm verkauft werden, daß aber die Wiederverkäufer und die Gastwirte von den Selchern fordern, sie mögen möglichst kleine Waren herstellen, welche sie dann stückweise verkaufen. Die Preisabteilung des Ernährungsministeriums befaßt sich, laut „Ceske Slovo", mit der Aufgabe, bei Selchwaren ihren Inhalt und ihr Gewicht so wie bei Semmeln festzusetzen, denn den Aemtern wurden in der letzten Zeit Würste vorgewiesen, die drei Dekagramm und noch weniger wogen.

Weil es ihnen auf der Welt nicht mehr gefiel. Am Dienstag erschoß auf einem Felde bei Neutischein der 19jährige Karl Liebich zuerst den 16jährigen Alois Pšenica und richtete dann die Waffe gegen sich. Liebich wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht, während Pšenica auf der Stelle tot war. In hinterlassenen Abschiedsbriefen erklärten die beiden, daß sie ihrem Leben ein Ende machen, weil es ihnen auf der Welt nicht mehr gefällt.

Von einem Auto überfahren und getötet. Gestern mittags wurde die sechsjährige Zita Klymek in der Karmelitergasse in Prag von einem Auto zu Boden gerissen und überfahren. Das Kind starb während des Transportes in das Kinderspital. Gegen den Wagenlenker wurde das Strafverfahren eingeleitet.

Beim Baden ertrunken. Die Metallgießersgattin Marie Kačerabek aus Prag-Nusle ist Montag in der Nähe der Podoler Zementfabrik beim Baden ertrunken. — Der Soldat Jos. Kubiček aus Kosobudy (Selčan) ertrank am 6. d. M. in Moldautein beim Ueberschwimmen des Flusses. Er war ein vorzüglicher Schwimmer, wurde aber mitten im Fluß von Krämpfen erfaßt; die herbeieilenden Rettungskähne kamen zu spät; erst nach fünf Stunden wurde die Leiche geborgen.

Warnung an Badende in der Moldau. Wie die Prager Polizeikorrespondenz mitteilt, gerieten bei der Insel „Groß-Venedig" in Prag in den letzten Tagen zahlreiche Personen in Ertrinkungsgefahr, da an dieser Stelle der Moldau große Baggerlöcher vorhanden sind.

Eine schwere Explosion in Budapest.

Zwei Tote, zwei Schwer-, viele Leichtverletzte. — Ein Attentat?

Wien, 10. Juli. (Eigenbericht.) Wie wir aus Budapest erfahren, explodierte heute mittags in den Kellerräumlichkeiten der Kohleneinfuhrgesellschaft eine mit Ekrasit gefüllte Handgranate, wodurch nicht nur das Gebäude selbst stark erschüttert, sondern auch im weiten Umkreise Glasscheiben und Mauern beschädigt wurden. Zwei Arbeiter, die verletzt worden waren, verbluteten, ohne daß es möglich gewesen wäre, ärztliche Hilfe herbeizuschaffen. Zwei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt, die Zahl der Leichtverwundeten ist sehr groß. Die Polizei stellte fest, daß heute um 11 Uhr ein mit altem Eisen gefülltes Faß abgeladen wurde und erklärt es für sehr wahrscheinlich, daß sich die Granate darin befand. Ob es sich um ein Versehen oder ein Attentat handelt, steht noch nicht fest. Wenn von der staatlichen Demobilisierungsstelle altes Eisen verkauft wird, wird es gewöhnlich nach Granaten und Patronen durchsucht. Es ist daher schwer anzunehmen, daß sich die mit Ekrasit gefüllte Granate unter dem alten Eisen befinden konnte.

Naturfreundebewegung und Arbeiterjugend.

Seit dem Tage, da unter dem Leitsatze: „Das Volk, das seine Jugend schützt, schützt sich selbst" Julius Deutsch' preisgekrönte Arbeit über die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung erschien, sind nun nahezu zwei Jahrzehnte vergangen, in denen in immer zunehmendem Maße die organisierte Arbeiterschaft die außerordentliche Bedeutung dieses Leitsatzes erkannte und, wenn auch langsam, so doch mit stetig wachsendem Interesse sich der proletarischen Jugend annahm. In mühseliger Kleinarbeit waren die Voraussetzungen für die Gründung des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend im alten Oesterreich geschaffen worden und je größer die Zahl der organisierten jugendlichen Arbeiter wurde, um so größer wurde das Interesse, mit dem die Alten die Bewegung der Jugend verfolgten. Kein Mittel wurde gescheut, um für die rechtzeitige politische Aufklärung der Jugend Sorge zu tragen. Aber daran, daß in den Seelen und Gehirnen dieser Jugend erst Platz geschaffen werden mußte für die politische Erziehung, daß, ehe man daran denken konnte, die proletarische Jugend zu politischem Denken zu erziehen, es notwendig war, hiezu erst die Voraussetzungen zu schaffen, daran dachten die wenigsten. So konnte es kommen, daß alle Organisationen des Proletariats sich früher mit der arbeitenden Jugend befaßten, als eine, die in ihrem Wesen eigentlich von vornherein zur Erziehung der der Schule entwachsenen Jugend berufen war, daß alle anderen Organisationen sich ihren Einfluß auf die Arbeiterjugend zu sichern wußten, ehe der Touristenverein „Die Naturfreunde" sich ihrer annahm.

Erst der Umsturz brachte hierin eine Wandlung. Erst von diesem Zeitpunkte ab, da unser Verein einen gewaltigen Zustrom neuer Mitglieder erfuhr, erst in diesem Augenblicke erkannten wir die Notwendigkeit, uns in besonderem Maße der heranwachsenden Generation zuzuwenden und allenthalben gründeten die einzelnen Ortsgruppen und Gaue Jugendgruppen, in denen diejenigen Genossen Aufnahme finden sollten, die das durch die Statuten festgelegte Mindestalter, das für die Aufnahme in unseren Verein erforderlich ist, noch nicht erreichten.

Seit jeher ist ja insbesondere die deutsche Jugend gewandert. Ihr steckt der Wandertrieb im Blute und es bedeutete eigentlich ein schweres Verkennen der Erziehungsaufgaben, wenn der Wandertätigkeit unserer Jugend bis zum Umsturze nicht jenes Maß von Aufmerksamkeit geschenkt wurde, das sie schon entwicklungsgeschichtlich verdient. Aus diesem Umstande heraus ist aber eine andere Erscheinung zu erklären, die sich zu unserer, manchmal nicht geringen Ueberraschung einstellte: Konflikte verschiedener Art zwischen den Gruppen und Verbänden der sozialistischen Arbeiterjugend und den innerhalb unseres Vereines geschaffenen Jugendorganisationen. „Die Jugend gehört in unsere Reihen und wenn sie wandern will, so soll sie das innerhalb unserer Organisationen besorgen", meinten stolz die Vertreter der Jugendorganisationen und selbst in dem klassischen Lande proletarischer Musterorganisationen, in Oesterreich, ging es nicht ohne Reibungen ab. Aber bald begann die Vernunft die Oberhand zu gewinnen und es wurde dort eine sehr vernünftige Lösung gefunden: Die Jugendorganisationen traten in vielen Orten korporativ als Jugendgruppen unserem Vereine bei. In diesem Schritte zeigte sich, wie weit die Erziehung der österreichischen Proletarierjugend vorgeschritten war, denn nur auf dem Wege einer gründlichen Erziehung kann man in die Herzen unserer Jugend solche Begeisterung und in ihre Köpfe solche Erkenntniskraft pflanzen, daß sie aus eigenem eine solche Lösung finden konnte, daß sie erkennen konnte, was früher die Alten nicht zu erkennen vermochten: daß die „Naturfreunde"-Bewegung ein Jungborn für die älteren Genossen, aber auch ein Erziehungsmittel erster Ordnung für unsere Jugend darstellt, daß unserer Jugend reichster Lohn zuteil wird, wenn sie es lernt, nach Naturfreunde-Art ihre Feierstunden zu verbringen, daß sie wandernd und spielend draußen in der freien Luft denken lernt und denkend sich dann auf die Probleme vorbereitet, die der Klassenkampf ihr bietet. Mit Freuden konnten wir es da erleben, daß unsere Jugend die Alten in unserem Vereine oft in den Schatten stellt. Dies gilt insbesondere von dem Kampfe, den das organisierte Proletariat gegen die Rauch- und Trinkunsitte führt. Denn wozu sich die Alten nur unter Aufgebot stärkster Willenskraft und da selten nur vollkommen entschließen konnten, nur Totalabstinenz — dies wurde unseren Jungen zur Selbstverständlichkeit. Moderner als unsere Alten, erklärten sie, sich die Uebel nicht erst angewöhnen zu wollen, sondern sie von vornherein zu meiden. Innig mit der Natur verwachsen, finden sie, daß man mit ihr nur verkehren könne nüchternen Sinnes und klaren Auges. So haben die Ereignisse eigentlich unser Wollen und Erkennen selbst überholt.

Aber nicht überall war das so, nicht überall ging es gleich glatt und reibungslos und immer noch sind uns organisierten Naturfreunden außerordentliche Aufgaben gestellt. Es gilt, an ihnen nicht vorbeizugehen, sondern sie mit gutem Willen zu lösen. Wenn dort oder da noch einzelne Jugendortsgruppen jenen Standpunkt einnehmen, den unsere jungen Freunde in Oesterreich schon längst überwunden haben, so wird es nicht schwer sein, an deren Beispiel auch unsere Jugend zu überzeugen. Anders aber steht es mit uns selbst. Immer suchen die Genossen in unseren Reihen nach neuen Arbeitsgebieten, immer sind sie bestrebt, den Rahmen der Tätigkeit unseres Vereines zu erweitern. Mögen sich da unsere Genossen an erster Stelle der Pflicht erinnern, die die Alten gegenüber der Jugend zu erfüllen haben.

In einzelnen Gauen sind in der letzten Zeit die Bezirkseinteilungen beschlossen worden. Diese Bezirksleitungen sollen nun trachten, auch mit den Ortsgruppen der jugendlichen Arbeiter, die im Bereiche ihres Bezirkes liegen, Fühlung zu bekommen und sie korporativ als Jugendortsgruppen in den Verband des Bezirkes aufnehmen. Denn, den Richtlinien entsprechend, die Bezirke in den Reihen ihrer Mitglieder Umschau halten werden nach tüchtigen Rednern, Agitatoren und Führern, so werden sie auch Umschau halten nach Genossen — und nicht zuletzt auch nach Genossinnen — die sich als Führer für jene Ausflüge eignen, die wir mit unserer Jugend veranstalten wollen. Es wird in dieser Hinsicht zu entscheiden sein und von den Wünschen sowohl der Jugend als auch der beteiligten Ortsgruppen abhängen, ob die Ausflüge der Jugend gemeinsam mit jenen unserer Ortsgruppen stattfinden sollen oder getrennt durchzuführen sind.

Da nirgendswo so sehr wie in unserer Bewegung das eigene Beispiel erzieherisch zu wirken geeignet ist, empfiehlt sich, ideell natürlich, das gemeinsame Wandern der Jugend und der Alten. Die Jugend aber hat oft ihre eigenen Wünsche und fühlt sich durch die Gegenwart der Alten nicht selten gehemmt. Darum wird hier, um das Ideal zu erreichen, viel Vorsicht notwendig sein. Es wird sich empfehlen, die Ausflüge zunächst so zu veranstalten, daß die „Jungen" und die „Alten" von verschiedenen Ausgangspunkten ihre Wanderungen beginnen, aber so, daß sie um die Mittagszeit an einem bestimmten Orte, der sich für eine längere Rast eignet, zusammentreffen, die Rast, die ja doch mit einem kurzen Vortrage, einer kurzen Besprechung oder einer kleinen Aussprache stets verbunden sein soll, gemeinsam verbringen und dann nach Möglichkeit den Nachmittag miteinander wandern. So hat die Jugend am Vormittage Gelegenheit, nach ihren Bedürfnissen ungezwungen umherzustreichen und der Nachmittag kann dann im gemeinsamen Wandern verbracht werden. Unsere Bezirksverbände und Ortsgruppen haben hiebei — und das wollen wir besonders hervorheben — keine geringe Aufgabe zu erfüllen, denn in der schönen Jahreszeit soll die Jugend ja nicht in dumpfen Räumen lernen und arbeiten, sondern sie soll daran gewöhnt werden, an schönen Frühlingstagen, an heißen Sommersonntagen, an kühlen Herbstnachmittagen ihre Lernstunden hinaus zu verlegen. Dazu wird es erforderlich sein, daß die verantwortlichen Funktionäre dafür Sorge tragen, daß für die Wanderungen der Jugend immer nach Möglichkeit Genossen bereit sind, die auf diesen Wanderungen unserer Jugend auch wirkliche Lehrer in unserem Sinne sein können. Unsere „alten" Genossen werden sich aber auch ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Jugend stets bewußt sein müssen, sie werden bei jenen Gelegenheiten zumindest, bei denen sie mit unserer Jugend wandern, den Alkohol meiden und auch das Rauchen. Schon deswegen, um unserer Jugend gegenüber nicht die Autorität einzubüßen.

Für den proletarischen Verein „Die Naturfreunde" kommen damit aber neue, bessere — herrliche Zeiten. Zeiten, in denen, wenn irgendwo von den Klassenkampfmitteln des Proletariats gesprochen werden wird, man auch die Naturfreunde-Bewegung mit nennen wird müssen, in der Erkenntnis, daß sie als Wegbereiterin des Sozialismus vor allem unserer Jugend zu gesunden Körpern und freien Köpfen verhilft, daß sie sie aufnahmsfähig macht für die Lehren der völkerbefreienden Sozialdemokratie.

R. O.

Kleine Chronik.

Eichhörnchens Kampf ums Dasein. Englische Blätter beklagen das Aussterben eines der zierlichsten und lustigsten Bewohner der Wälder, des roten Eichhörnchens, das mit seinem eifrigen Hin- und Herspringen Leben in die schweigende Majestät des grünen Domes bringt. Dieses rote Eichhörnchen, eine kleine und besonders schön gefärbte Art der großen Eichhörnchenfamilie, wird von einem Artgenossen verdrängt, dem grauen Eichhörnchen, das von Westen her nach den britischen Inseln verpflanzt worden ist. Das kleine Rotfellchen mit seinem lebhaften Temperament, seinem drolligen Wesen und seiner anmutigen Scheuheit ist man stets ein besonderer Liebling der Engländer gewesen, und man will daher den Gründen für sein Verschwinden wissenschaftlich nachgehen. Ein Zoologe untersucht im „Daily Chronicle" die Frage und stellt fest, daß die roten Eichhörnchen keineswegs etwa von ihren grauen Brüdern im offenen Kampf erschlagen oder beseitigt würden. Es muß daher ein tieferer, geheimnisvoller Zusammenhang bestehen. Es scheint sich um einen Vorgang zu handeln, dem ähnlich, wenn Europäer sich in einem Lande ansiedeln, das vorher von einem Naturvolk bewohnt war. Die höhere Kultur zwingt die Primitiven zum Aussterben, wenn sie sich nicht den neuen Lebensbedingungen anpassen können. Es scheint, daß das graue Eichhörnchen in den Millionen Jahren, in denen es im ewigen Kampf mit Marder und Wiesel lag, eine Stärke und Lebenskraft ausgebildet hat, die dem roten Eichhörnchen weit überlegen ist, da dieses in England lebte, wo es Marder und Wiesel nicht gibt. Die englischen Eichhörnchen wurden ein harmloses Völkchen, das spielerisch dahinlebte und den Ernst des Daseins, den Kampf ums Dasein nicht kannte. Infolge dieser Lebensschwäche oder Lebensunfähigkeit werden sie also augenscheinlich allein durch das Auftreten einer lebensstärkeren andern Art in ihren Daseinsbedingungen so beschränkt, daß sie aussterben.

Obst und Zähne. Das Obstessen ist ein vorzügliches Mittel zur Erhaltung der Zähne. Es ist längst bekannt, daß Leute, die regelmäßig Obst und Gemüse genießen, in der Regel prächtige, glänzend weiße Zähne haben und selten an Zahnschmerzen leiden. So berichten ausnahmslos fast alle Naturforscher, daß gerade die Menschen südlicher Länder die schönsten Gebisse aufweisen, und daß Zahnerkrankungen, wie z. B. Zahnstein, Fäule, Brüchigkeit u. dgl. bei diesen Völkern zur größten Seltenheit gehören. Und das ist verständlich, denn gerade die südlichsten Menschenrassen sind vorwiegend Obst- und Gemüse-Esser. In den Früchten hat die Natur eine Menge frischer, schwellender Lebenskraft unter der Einwirkung der Sonne aufgespeichert, und diese kommt den Obstessern zugute. Beim Kauen des Obstes kommen dieses sowie die an ihm abgespaltene Fruchtsäure mit allen, auch den hintersten Zähnen in Berührung. Während die fleischigen Teile des Apfels oder der Birne das Amt des „Scheuerns" übernehmen und dies in äußerst milder und doch gründlicher Weise besorgen, dringt die Fruchtsäure in die feinsten Lücken und Zwischenräume und zerstört hier alle Fäulniserreger, die in den meisten Fällen Ansteckungspilzen willkommenen Wucherungsboden abgeben. Die Fruchtsäure löst aber auch jene grieselartigen Absonderungen, die sich häufig am Rande des Zahnfleisches vorfinden, die Bildung des Zahnsteines verursachen und dadurch zu schmerzhaften Erkrankungen Veranlassung geben. Dabei ist noch ganz besonders hervorzuheben, daß die Obstsäure für den Schmelz der Zähne unschädlich ist, daß aber die in den Früchten vorhandenen Nährsalze für den Aufbau der Zähne von größter Bedeutung sind. Wer sich von der Wahrheit dessen überzeugen will, der mache folgenden Versuch: er genieße vor dem Schlafengehen einen oder zwei Aepfel und beachte dann früh seine Mundhöhle. Schon der frische Geschmack wird ihn belehren, daß der Genuß der Aepfel anregend wirkte, denn von dem sogenannten „pappigen" Geschmack am Morgen und dem davon ausströmenden üblen Geruch wird wenig oder nichts zu spüren sein. Das sollten namentlich alle Mütter beherzigen und dafür sorgen, daß die Kinder vor dem Schlafengehen regelmäßig ihren Apfel erhalten. Sie werden damit nicht bloß manche Krankheiten von ihren Lieblingen abhalten, sondern diesen auch gesunde, schöne Zähne sichern.

Drahtloses Fernsprechen über den Ozean. Die Versuche zum drahtlosen Fernsprechen über den Atlantischen Ozean, die zwischen den Vereinigten Staaten und England stattgefunden haben, sind insofern von besonderer Bedeutung, als dabei zum erstenmal die für eine spätere allgemeine Verkehrsaufnahme unerläßlichen Bedingungen durchaus erfüllt waren. Nach Mitteilungen englischer Fachmänner kamen die Sachverständigen zu dem übereinstimmenden Urteil, daß die Möglichkeit einer allgemeinen Einführung der drahtlosen Ozeantelephonie nunmehr zweifellos gegeben sei. Während der vierzehntägigen Versuchszeit konnte im allgemeinen während 14 von 24 Stunden mit ausreichender Deutlichkeit telephoniert werden. Danach erscheint ein Zufallserfolg, wie er im Funkverkehr infolge plötzlicher Zunahme der Reichweite bisweilen vorkommt, hier ausgeschlossen. Die zu übermittelnden Worte wurden von New York aus der Großfunkstelle Rocky Point (Long Island) durch ein gewöhnliches Fernsprechkabel von 112 Kilometer Länge zugeführt. In Rocky Point wurde die aus einem Drehstromumformer gewonnene Sende-Energie durch wassergekühlte Kathodenröhren verstärkt. Die zwei Kilometer lange Sendeantenne, die von 140 Meter hohen Türmen getragen wird, strahlte 200 Kilowatt Sende-Energie aus. Die Empfangsstelle befand sich bei New Southgate (England), wo die ankommenden Wellen von einer im Empfangsraum untergebrachten Rahmenantenne aufgefangen wurden. Diese bildete ein Quadrat von 1.8 Meter Seitenlänge und war mit Empfangshörern in der üblichen Weise durch Kathodenröhrenverstärker verbunden. Die zu überbrückende Entfernung betrug etwa 4800 Kilometer über Wasser und Land, wozu noch das erwähnte Fernsprechkabel von 112 Kilometer Länge kam. — In Deutschland haben in jüngster Zeit von Nauen und Königswusterhausen aus wiederholt ähnliche Versuche auf beträchtliche Entfernungen stattgefunden, die durchwegs guten Erfolg hatten. Auch die deutsche Funktechnik ist daher zur Aufnahme eines internationalen Radiofernverkehrs jederzeit in der Lage.

Die Ursache. 21

Roman von Leonhard Frank.

Und der Dichter fragte in maßlosem Staunen: „Sind denn die Menschen dazu da?"

Geschworene schüttelten begriffstützig den Kopf. Der Vorsitzende legte seine Uhr entschlossen vor sich hin.

Der Dichter sagte: „Ich kenne einen Irrsinnigen, der reist seit Jahren in der ganzen Welt umher — nach Odessa, Rom — und er sucht sich selbst. Den haben die Ursachen so in der Hand, daß er sich — sein wirkliches Wesen — ganz verloren hat ... Jetzt sucht er sich selbst, sein Leben lang. Das gilt für uns alle. Keiner ist, wie er ist ... Einem verderbenbringenden Wasserwirbel, trichterförmig, riesengroß, gleichen die sozialen Verhältnisse. Oben fahren die Repräsentanten, die Stützen der Gesellschaft im großen Kreise geschützt und gleichmütig langsam die Bahn ihres Lebens ab."

„In Klubiesseln", ertönte es von ganz hinten aus dem Zuschauerraum.

Das Gelächter brach jäh ab, als der Vorsitzende „Ruhe!" brüllte, und zum Dichter: „Jetzt ist's genug!"

Es war vollkommen still geworden. „Man sieht sie Importen rauchen", sagte noch jemand nachträglich.

Der Kontakt war hergestellt zwischen dem Publikum und seinem Sprecher.

Der sah nicht mehr gefesselt aus, stand groß und kalt im Saal, sprach hart. „Aber unten wird der Trichter eng, immer enger, und das Wasser rast im Kreis! Unten werden die Menschen herumgewirbelt, gegeneinander geschleudert. Eine ungeheure Reibung findet statt — der furchtbare Kampf ums nackte, nackte Leben! ... Die falsche Moral, einem unaufhörlich quellenden, giftigen Nebel gleich, erfüllt den Trichter, verwirrt die Seelen, verdeckt die natürlichen Wege. Millionen zwingt man, die Armut da unten zu ertragen, im Elend zu verblöden und unterzugehen! Andere Millionen Unglückliche drängen hinauf, wo die Kreise groß sind, wo das Leben ist. Aber die Oberen und der Rhythmus des furchtbaren Wirbels drücken nach unten. Und dieser Wunden schlagende Rhythmus der sozialen Verhältnisse ist nur durch Verbrechen zu unterbrechen ... Dann wird verurteilt und geköpft."

„Aber das ist ja krasseste Phantasie. Das anzuhören, haben wir nicht die Zeit."

Da rief der Dichter, plötzlich wieder flammend: „Mein Leben ist verloren, diese fünf Minuten sollen mein sein."

Die Köpfe der zwei Gerichtsdiener zuckten scharf ins Profil, auf ihn zu.

Ein dunkler Tumult hatte sich im Zuschauerraum erhoben; die scharfe Stimme des Vorsitzenden ging darin unter. Er wollte schon den Befehl geben, den Saal zu räumen.

„Eines Tages", sagte der Dichter, und es wurde ganz still, „ ... stoßen die in diesem Wirbl empfangenen Ursachen einen Strahl Gift ab ... und dies, nur dies ist des Menschen Motiv zum Verbrechen, zum Mord. Denn ich sage Ihnen: das Motiv ist nur das vorletzte und die Tat nur das letzte Glied der Ursachenkette." Seine Stimme wurde tonlos:

„Schuld? ... So ist der Mensch geworden, weil sein Vater so war, seine ganze Umgebung: verwirrt, arm, gedemütigt, verwundet und deshalb böse. Schuld ist das ganze Menschengeschlecht. Am Einzelnen bricht die Schuld aller nur aus!"

„Deshalb rufe ich euch an, ich rufe euch alle an, ich schreibe euch mitten ins Herz hinein: verachtet fernerhin nicht die, so in Zuchthäusern ihr Leben verbringen müssen oder unterm Richtbeil sterben. Sie leiden und sterben für euch, durch euer aller Schuld."

„Und Sie, Herr Staatsanwalt, Ankläger und deshalb Schuldigster dieser Welt! selbst Sie sind so unschuldig wie jene, denn auch Sie wurden Ursachen ausgeliefert, die Sie zum Staatsanwalt, die Sie schuldig machten."

„Ja, ich bin fertig." Runde Flecken brannten auf seinen Backenknochen.

Im Geschworenenzimmer hing ein Christus und sah schmerzlich auf die zwölf hinunter.

Der vollblütige Obmann war ein Färbereibesitzer, ein schwerer Herr, fast ohne Hals; entsprechend klang seine Stimme: „Dem kann wohl kein Gott mehr helfen." Vorsichtig näherte er seiner Nase eine blaue Emaildose, und mußte die Augen schließen vor dem starken Duft. Dann atmete er auf. Es roch nach Staub im Zimmer.

Der Einäugige hatte seine Ruhe vollkommen verloren. Alle saßen. Nur er lief im Zimmer schnell auf und ab.

„Da ist nichts wegzudeuteln", antwortete der Nachbar dem Obmann, der wieder die Dose seiner Nase näherte.

Feierliche Verlegenheit der neuartigen Situation gegenüber ließ das Schweigen fortbestehen.

Da fielen ein paar Stichworte. Und die Geschworenen begannen angeregt die Hauptpunkte noch einmal durchzusprechen.

Mitten hinein sagte der Zigarettenhändler plötzlich: „So ein ruhiger, bescheidener Mensch. Bei mir hat er sich oft seine billigen Zigaretten gekauft. Ist auch manchmal schuldig geblieben. Ganz schüchtern ... Und jetzt so was."

„Ja", sagten nacheinander einige sinnend. Dann schwiegen wieder alle.

Ein Alter stand auf, öffnete das Fenster der Sonne, setzte sich sofort wieder auf den steifen Stuhl, und hinter seinem kahlen Kopfe breitete der unbewegliche Adler an der Lehne wieder die hölzernen Flügel aus. „Einen Menschen ermorden", sagte der Kahle, „hundert Mark rauben und einen Teil davon sofort nach der Tat an jemand senden —. auch dieses Moment spricht ... psychologisch betrachtet, glatt dafür, daß die ganze Sache lange vorher überlegt war ... Sofort nach der Tat, nota bene!"

Mann nickte. Der Zigarettenhändler sagte etwas. Und auf Befragen des Obmanns hin wiederholte er: „So ein schüchterner Mensch!"

Der Einäugige sagte: „Die Sache stimmt nicht", und lief gleich wieder weiter umher, unruhig wie ein Mann, der sich großer Verantwortung bewußt ist, aus der Berufstätigkeit herausgerissen und plötzlich vor eine Sache gestellt wurde, die er nicht übersieht. „Man brauchte Zeit ... Viel Zeit."

Alle blickten interessiert, der kahle Psychologieprofessor erstaunt auf ihn.

Der Einäugige sagte noch einmal: „Vorher überlegt? Lange vorher? ... Nein."

Da fügten die anderen den Beweis dafür, daß es kein Affektmord sei, schnell und eindeutig zusammen.

„Davon ist nichts wegzudeuteln", schloß der Kahle bestimmt, zuckte bedauernd die Schultern, sah den Einäugigen fest an.

Der rief: „Das ist es ja. Weiß der Teufel! Aber noch keine fünf Minuten lagen zwischen Affekt und Tat."

„Ja, will ich schon glauben, daß er gegen seinen Lehrer etwas hatte. Pardon, ihn hat dieses Jugenderlebnis eben angegriffen. So etwas gib'ts Einen anderen hätte es vielleicht kalt gelassen. Auf jeden Fall kann man das ebenso annehmen wie das Geldmotiv ... glaube ich. Sitzt er bei seinem Lehrer in der Stube .. kommen die zwei Schüler — die Geschichte kennen Sie ja, —, er muß die Prügelei mit ansehen." Der Einäugi[illegible] lief beim Sprechen fortwährend umher; die B[illegible] der Geschworenen folgten ihm von Ecke zu [illegible] „Und diese Szene, kann man schon glaube[illegible] regte seinen Haß. Wenn ... jetzt die S[illegible] sich gegangen wäre ... sofort, dann h[illegible] einen Affektmord."

(Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein englisches Urteil über die tschechoslowakische Finanzpolitik. Während hierzulande die Barden der Koalition über die tschechoslowakische Finanzpolitik Tag für Tag in Entzücken geraten, gibt es doch in der Welt Menschen, die diese Finanzpolitik anders beurteilen. Und dies nur nicht etwa ein „feindlicher" Deutscher, sondern ein Angehöriger einer „verbündeten" Nation. So schreibt die Londoner „Times" in den letzten Tagen folgendes: „Während sparsame Leute aus der ganzen Welt in tschechoslowakischen Kronen ihr Geld anlegen, stirbt der Handel der Tschechoslowakei ab und die Wirtschaft dieses Staates geht zurück. Sein Budget ist längst nicht mehr im Gleichgewicht." Das Blatt beschäftigt sich dann mit der Handelsbilanz der Tschechoslowakei und führt den Nachweis, daß wir immer mehr Rohstoffe und immer weniger Industrieartikel ausführen. Die Kohle wird ausgeführt, weil die Hochöfen für sie keine Verwendung haben und die Produktion zu teuer ist. Die Ursache dessen ist der Aufstieg der Krone und die hohen Steuern. Dazu kommen Ein- und Ausfuhrabgaben und die Eisenbahntarife, die um 40 Prozent höher sind, als in irgend einem Lande Europas. Die Folgen machen sich in der großen Zahl der Arbeitslosen, die 300.000 beträgt, bemerkbar. Aber nicht nur, daß das Kapital dorthin wandert, wo seine Daseinsbedingungen am günstigsten sind, die Regierung hat im Vertrauen auf den Reichtum und die Hilfsquellen des Landes zu schwere Lasten auf dieses gelegt, als daß sie ertragen werden könnten. Das Budget macht 125 Millionen Pfund Sterling aus, davon kommen auf die Armee 17 Millionen. Der Voranschlag für 1923 weist trotz ungeheurer Einnahmen einen Abgang von 565 Millionen aus, obwohl darin nicht alle Ausgaben für die Arbeitslosen enthalten sind. Bei den Eisenbahnen erwies sich der veranschlagte Ueberschuß as haltloser Optimismus. An Einkommensteuer werden 801 Millionen Kronen veranschlagt, aber sie wird erst für das Jahr 1920 eingehoben. Es ist daher zu erwarten, daß der Rechnungsabschluß für das heurige Jahr einen beträchtlichen Fehlbetrag aufweisen wird, was die Tatsache schon beweist, daß die Reichsregierung gezwungen war, sich seit November vorigen Jahres von den Banken 2559 Millionen Kronen in Form von Kassaanweisungen zwecks Deckung der laufenden Ausgaben auszuleihen, und daß sie um die Ermächtigung zur Ausgabe weiterer 225 Millionen Kronen zwecks Deckung der Arbeitslosenunterstützung ansuchen mußte. — Wie man sieht, beginnt die Welt zu erkennen, daß in der Tschechoslowakei nicht alles Gold ist, was glänzt.

Das Bankamt des Finanzministeriums und die Kriegsanleihe. Vor kurzem hat der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper die Frage aufgeworfen, auf welcher Rechtsgrundlage das Bankamt des Finanzministeriums Gläubiger aus den von der vormaligen österreichisch-ungarischen Bank zum Zwecke der Kriegsanleihezeichnung gewährten Lombarddarlehen geworden ist. Wie wir hören, ist diese Frage gegenwärtig Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beteiligten Ministerien. Tatsächlich ist das Abkommen, das die Nachfolgestaaten bezüglich der Uebernahme der Lombardforderungen der vormaligen österreichisch-ungarischen Bank untereinander getroffen haben, in der Tschechoslowakei bisher nicht kundgemacht worden, während es beispielsweise im österreichischen Bundesgesetzblatte verlautbart ist. Offenbar liegt ein Versehen der Regierung vor. Darüber, wie dieses Versehen gutgemacht werden soll, wird nun zwischen den in Betracht kommenden Stellen verhandelt. Natürlich wird es nicht genügen, den Lombardschuldnern etwa rein privat im Wege des Bankamtes den Inhalt des betreffenden Abkommens zur Kenntnis zu bringen. Auch die Verlautbarung des Abkommens in der Gesetzessammlung wird für sich nicht genügen, die Lombardschuldner gegenüber dem Bankamte des Finanzministeriums zu verpflichten. Es wird Sache des Finanzministeriums sein, einen Ausweg aus dieser für die staatliche Finanzverwaltung nicht gerade angenehmen Situation zu finden.

Der Umlauf der Banknoten in der Tschechoslowakei beträgt nach dem letzten Ausweis des Bankamtes des Finanzministeriums 9.182,947.000 Kronen, das ist um 193,044.000 Kronen weniger als in der Vorwoche.

Die Bezirkskrankenkasse Grulich veröffentlicht soeben den Bericht für das Verwaltungsjahr 1922. Bemerkenswert ist, daß auch diese kleine Krankenkassa im vergangenen Jahre die ersten Anfänge zu einem Ambulatorium geschaffen hat. In den Lokalitäten der Kassa wurde eine Quarzlampe (Höhensonne) aufgestellt, mittels welcher gegenwärtig jede Woche etwa 200 Bestrahlungen, namentlich bei Kindern, vorgenommen werden. Außerdem wurde ein Sonnen-, Freiluft- und Wasserbad geschaffen, mit modern eingerichteter Liegehalle und einem zementierten Wasserbassin. Zusammen mit der Krankenkassa Trautenau wird das Arbeitererholungsheim in Johannisbad bei Trautenau erhalten. Die Bemühungen der Kassa nach Einführung einer Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle konnten jedoch zu keinem Erfolge gelangen, weil die erforderlichen Räume nicht aufzutreiben waren. Finanziell schließt das Berichtsjahr mit einer Verminderung des Reservefonds ab, was auf die Grippeepidemie zurückzuführen ist. Der Bericht gibt zum Schlusse der Hoffnung Ausdruck, daß die Sozialversicherung in einer für die Arbeiterschaft günstigen Gestalt Gesetz werden wird. Der Bericht, der auch für Erkrankte belehrendes Material enthält, zeigt, daß auch eine kleine Krankenkassa allmählich die Errungenschaften moderner Heil- und Vorbeugungsmethoden sich aneignen kann.

Der Taumel der Warenpreise in Deutschland. Nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung" beträgt der Großhandelsindex für den Monat Juli 39.398, mit anderen Worten, die Preise in Deutschland sind 40.000mal so hoch wie zur Friedenszeit. Noch im Jänner waren die Preise nur 2000mal so hoch wie vor dem Kriege, sodaß im Verlaufe des ersten Halbjahres 1923 eine zwanzigfache Verteuerung eingetreten ist.

Die Aussperrung der Prager Bauarbeiter. Gestern nachmittags fand unter dem Vorsitze des Sektionschefs Dr. Kubista im Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Sitzung der Vertreter des Verbandes des Baugewerbes mit den Fachorganisationen der Arbeiter statt. In der Sitzung erklärte der Vorsitzende, daß das Ministerium für soziale Fürsorge beschlossen habe, selbst den Konflikt dem Lohnschiedsgerichte für das Baugewerbe in Prag zu unterbreiten. Er forderte die an dem Lohnkonflikt beteiligten Organisationen auf, dem Ministerium für soziale Fürsorge ihre Vorschläge für die Regelung der Arbeitsverhältnisse in allen Baugewerben vorzulegen. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen forderten hiebei eine Frist bis nächsten Montag, wo auch die Arbeitgeberorganisationen ihre Anträge unterbreiten werden.

Eröffnung der Fracht-Eilschiffahrt Prag und der Landesgrenze. Das tschechoslow. Schiffahrtsamt, welches bisher die Personenschiffahrt an der Elbe zwischen Neratowitz und Leitmeritz betrieben hatte, schreitet vom 16. Juli d. J. zur Erweiterung dieses Betriebes durch Einführung eines direkten Frachtdampfers zwischen Prag und Leitmeritz an. Dieser Dampfer wird seine Ware an die Schiffe der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrt für die Strecke Leitmeritz—Tetschen übergeben. Durch diese Betriebslinie soll den Prager Handels- und Industriekreisen die Möglichkeit geboten werden, ihre Ware im Holeschowitzer Hafen zu verladen und sie billiger und schneller als per Eisenbahn in die Gebiete der mittleren und unteren Elbe zu verfrachten. Bis zur Entwicklung dieser Schiffahrt in der erhofften Höhe wird der Lastdampfer dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) von Prag flußab bis nach Leitmeritz und ebenso Montag, Mittwoch und Freitag von Leitmeritz flußauf bis Prag verkehren. Da an der mittleren Elbe die Personendampfer zwischen Neratowitz und Leitmeritz bereits verkehren, wurde deren Fahrordnung abgeändert derart, daß auch die Fracht aus dem Gebiete zwischen Neratowitz und Melnik am kürzesten aus- und eingeführt werden könnte. Es sei bemerkt, daß dieser Frachtdampfer auch die Personen samt Gepäck transportieren wird — allerdings ohne jene Bequemlichkeit, welche z. B. die Dampfer der Prager oder Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrt bieten können. Jedoch dürfte für den Lokalverkehr auch diese Transportweise namentlich den Begleitern der Fracht willkommen sein. Das Schiffahrtsamt, welches mit Einwilligung vorgesetzter Ministerien in eigener Regie die technische Seite des Unternehmens führen wird, hat dessen Handelsführung desselben der Speditionsfirma A.-G. „Intercontinentale" anvertraut. Diese wird in der ganzen Strecke, vom Holeschowitzer Hafen angefangen, eigene Exposituren errichten.

Eine Arbeiterbank in Deutschland. Die Erfolge der amerikanischen Gewerkschaften mit der Gründung von Arbeiterbanken haben auch die deutschen Gewerkschaften, und die sozialdemokratische Partei, ermutigt, trotz der Ungunst der Verhältnisse ähnliches zu unternehmen bezw. vorzubereiten. Von den deutschen Gewerkschaften sind die Vorarbeiten zur Einrichtung einer Arbeiterbank schon vor einigen Monaten abgeschlossen worden, sodaß die Arbeit der Bank bereits vor zwei Monaten beginnen konnte. Bei der Bildung dieses Institutes hat man vorläufig von der Form einer Aktiengesellschaft abgesehen. Die Inhaber der Gesellschaftsanteile haben sich unter dem Namen „Deutsche Kapitals-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H." mit einem Kapital von 90 Millionen Mark vereinigt. Es handelt sich also vorläufig um eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Anteile durch die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde und dem Afa-Bund angeschlossene Verbände zur Verfügung gestellt wurden. Aufgabe der Gesellschaft ist, die zerstreut bei den Großbanken nutzlos oder gegen geringe Zinsen liegenden Gelder zu zentralisieren und die Verwertung dieser Gelder selbst vorzunehmen. Es ist zu erwarten, daß die geschaffene, nicht kostspielige Organisation aus sich selbst heraus langsam zu einer vollkommenen Bank-Organisation emporwächst und schon bald die Umwandlung der Gesellschaft m. b. H. in eine Aktienbank möglich ist. Als Ziel der Arbeit gilt die Zusammenfassung des gesamten Abrechnungs- und Geldverkehres der Gewerkschaften, um eine Vereinfachung zu erzielen und die Geldmittel möglichst lange zu einer nutzbringenden Verwertung bereitzuhalten. Es ist selbstverständlich, daß die Gesichtspunkte, nach denen Gewerkschaftsbank ihre Gelder verwalten muß, vollkommen andere sind als bei Privatbanken. Die Gewerkschaftsgelder sind zum überwiegenden Teil Kampfgelder und die Gewerkschaften selbst Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Die bei der Gewerkschaftsbank angelegten Gewerkschaftsgelder müssen deshalb stets in kurzer Frist flüssig zu machen sein. Bei vorsichtiger Leitung und Unterstützung der Bank durch die Gewerkschaften können die Mittel der Bank zweifellos allmählich so gestärkt werden, daß in einiger Zeit auch Wirtschaftsunternehmungen der Arbeiterklasse einen finanziellen Rückhalt in der Gewerkschaftsbank finden. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat die Notwendigkeit eines Bankinstitutes, das ihm zur Verfügung steht, längst anerkannt und deshalb bereits die notwendigen Vorbereitungen zur Einrichtung eines derartigen Instituts getroffen, die in den allernächsten Tagen ihren Abschluß finden dürften.

Die polnische Glasindustrie hat sich in letzter Zeit stark entwickelt und man zählt jetzt schon insgesamt 81 Glashütten. Von diesen stellen 52 Flaschenglas her, 17 Fensterglas und 12 Kristallglas. 46 Glashütten sind in dem „Verband der Glashütten" vereinigt und erzeugen monatlich 10.210 Tonnen Glas. Die Glasindustrie deckt nicht nur vollkommen den Inlandsbedarf, sondern führt auch nach Rumänien und Ungarn aus. Während die Glaseinfuhr stark zurückgeht und sich nur auf optische Gläser und Gläser für technische Zwecke beschränkt, ferner auf Spiegelgläser, die in Polen noch in unzureichender Menge erzeugt werden, ist die Glasausfuhr im Zunehmen begriffen. Die verhältnismäßig geringen Erzeugungskosten ermöglichen der polnischen Glasindustrie einen erfolgreichen Wettbewerb mit der tschechischen und deutschen Erzeugung. In letzter Zeit beabsichtigen mehrere bedeutende tschechische Glasfabriken, ihren Sitz nach Polen zu verlegen.

Frauenarbeit im nahen Osten. Die Arbeitsbedingungen der arbeitenden Frauen im nahen Osten sind sehr schlecht. Erst seit der Revolution sind die türkischen Frauen in größerer Zahl in den Fabriksbetrieben beschäftigt. Vor dieser Zeit waren sie fast ausschließlich als Heimarbeiterinnen tätig. In den Fabriken wird für einen Hungerlohn 12 Stunden gearbeitet. In Syrien arbeiten tausende von Frauen in den Seidenwebereien bei 13stündiger Arbeitszeit. In Aegypten beträgt die Zahl der in den Tabakfabriken, Spinnereien und Webereien arbeitenden Frauen 63.000. Sie arbeiten 12 Stunden täglich für eindrittel des Lohnes der männlichen Arbeiter.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 17.42'50
Berlin	Mark 5610.00
Wien	österr. Kr. 2138.00

Prager Kurse am 10. Juli.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1298'00	1302'00
10.000 Mark	1.02'50	1.22'50
100 belg. Franks	163.25'00	164.75'00
100 schweiz. Frank	568.75'00	571.25'00
1 Pfund Sterling	149.65'00	151.15'00
100 Lire	141.25'00	142.75'00
1 Dollar	33.15'00	33.55'00
100 franz. Franks	192.50'00	194.00'00
100 Dinar	34.75'00	35.25.00
10.000 magyar. Kronen	36.50'00	37.50'00
10.000 poln. Mark	2.60'00	3.10'00
10.000 österr. Kronen	4.43'50	4.93'50

Züricher Schlußkurse am 10. Juli.

	Geld	Ware
Paris	33.90'00	34.05'00
London	26.35'00	26.45'00
Berlin	0.00.18'00	0.00.21'00
Mailand	24.55'00	24.65'00
Holland	225.50	227'00
Wien	0.00.81'50	0.00.82.25
Budapest	0.06'00	0.07'00
Prag	17.35'00	17.50'00
New York	5.77'50	5.79'00
Belgrad	6.10'00	6.30'00
Warschau	0.00.50'00	0.00.00'00

Literatur.

Oskar Jászi: Magyariens Schuld, Ungarns Sühne (Verlag für Kulturpolitik, München 1923). In den ungeklärtesten Kapiteln der Nachkriegsgeschichte gehören die Schicksale, die Ungarn seit dem Zusammenbruche des Dualismus genommen hat. Hatte man mit Staunen das spontane Bekenntnis der Nation zur Demokratie Karolyis gesehen, so stand man der proletarischen Diktatur noch überraschter gegenüber. Kaum fand man sich damit ab, sie als zweite Auflage der russischen Revolution anzusehen, da brach die Herrschaft Bela Kuns zusammen und seit vier Jahren trägt Ungarn das weiße Regiment Horthys, ohne daß große, einst revolutionäre Schichten des magyarischen Volkes sich gegen diese Schande zur Wehr setzen. Es muß daher begrüßt werden, daß nunmehr eine Darstellung der ungarischen Revolution und Gegenrevolution aus der Feder eines Mitkämpfers, der stets ein Warner war, des Politikers und Soziologen Jászi erschienen ist. Die heiße Liebe zu Ungarn, zum Ungarn Kossuths, Erwin Szabos und Karolyis, hat dieses Buch inspiriert, nie aber hat sie den Verfasser veranlaßt, seine kühle Objektivität aufzugeben. Er zeigt uns die Wurzeln der Katastrophe in der sonderbaren gesellschaftlichen und politischen Struktur des alten Magyariens, er deckt das Netz der Fäden auf, die, im Sommer 1918 immer dichter werdend, auf die Revolution hinliefen. Die fesselnde Schilderung der Oktobervorgänge, die kritische Analyse der Sowjetherrschaft und des Horthy-Regimes zeigen, daß ein ernster Historiker an der Arbeit ist. Die unsinnige Politik Bela Kuns hat Professor Jászi gegen den Marxismus mißtrauisch und gegen seine lautesten Verkünder verbittert gemacht. Es fällt manches harte Wort und manches, das sich gegen den Doktrinarismus der Moskauer richtet, ist berechtigt. Nie aber wird Jászi verletzend, nie ist seine Polemik rein persönlich und unmotiviert. Den Höhepunkt des Werkes bildet ohne Zweifel die psychologische Skizze über Karolyi, die ein geschlossenes Kunstwerk ist. Was sollen wir über das ausgezeichnete Buch noch sagen, als daß Eduard Bernstein es in einem Geleitwort warm empfiehlt?! Fr.

Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung erscheint gegenwärtig eine Bücherreihe unter dem Titel „Genossenschaftliche Volksbücher". Der zweite Band dieser Reihe, der unter dem Titel „Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" erschienen ist, ist insoferne eine lückenlose Ausgabe, als er alle Gesetze, Kommentare, Verordnungen, Erlässe und Judikate, die sich auf die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Oesterreich beziehen, enthält. Auch für die genossenschaftlichen Funktionäre der Tschechoslowakei wird dieses Buch ein nützliches Nachschlagewerk sein. Der populäre Charakter des Buches ermöglicht es auch juristisch nicht vorgebildeten Genossenschaftern, sich über alle Fragen des in Oesterreich für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften geltenden Rechtes zu informieren.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Mittwoch Gastspiel Richard Kubla „Ernani"; morgen Donnerstag Gastspiel Maria Chamlee „Tosca"; Freitag die packende Vorstadtlegende „Liliom"; Samstag Gastspiel Miller—Chamlee „Lucia von Lammermoor"; Sonntag abends letztes Gastspiel Richard Kubla „Carmen".

Aus der Partei.

Vorwärts, trotz alledem! In einer am Samstag, den 7. Juli im Gasthause am „Hübl" bei Krima stattgefundenen Versammlung wurde, wie die Komotauer „Volkszeitung" berichtet, die sozialdemokratische Lokalorganisation für Damina und Umgebung wieder gegründet, die im Jahre 1921 infolge der Spaltungswirren ihre Tätigkeit eingestellt hatte. Damit hat sich die Sozialdemokratie im Komotauer Erzgebirgsdistrikt einen neuen festen Stützpunkt geschaffen. Zieht man noch in Betracht, daß erst vor einigen Wochen die Lokalorganisation Kallich mit einer stattlichen Mitgliederzahl aufgerichtet wurde, so ist offenkundig, daß sich der Gedanke des Sozialismus auch auf den Höhen des Erzgebirges in stetem Vormarsche befindet.

Jugendbewegung.

Jugendtag des Kreises Bodenbach. Samstag, den 14., und Sonntag, den 15. Juli 1923 veranstaltet der Kreis Bodenbach seinen heurigen Jugendtag in Bensen-Scharfenstein. Das Programm ist äußerst gut gewählt und dem Tage angepaßt. Bereits Samstag findet die Eröffnung der mit dem Jugendtage verbundenen Jugendarbeitsausstellung statt, an die sich dann ein Höhenfeuer, umrahmt von Jugendspiel und Gesang, sowie ein Fackelzug anschließt. — Für Sonntag vormittags sind verschiedene Besichtigungen (Bücher- und Jugendarbeitsausstellung, Museum, Schloß, eine Spinnerei und Appretur) vorgesehen. Mittags findet auf dem Marktplatze eine internationale Kundgebung statt, der dann auf der Festwiese am Scharfenstein Jugendspiel und Jugendlust folgt. An Jugendspielen werden aufgeführt: „Licht" von Claudius und „Spielmannsschuld" von Müller. Es wird ein wirklicher Tag der Jugend werden, ein Kampftag und ein Tag der Freude!

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert Optiker Deutsch, Prag,
Graben 25, Kl. Bazar.
1335

Jodbad Darkau Gut-Schles. C. S. R.
Station der Kaschau-Oderberger Eisenbahn.
Stärkstes Jodsol-Brombad
gründl. den hyg. Anforderungen entsprechend, renoviert, einziges Bad, wo in reiner Jodsole gebadet wird, höchst erfolgreich bei Skrophulose, Syphilis in allen Stadien (auch veraltete Formen), Tuberkulose der Knochen, Gelenke, Frauenleiden, chronische Hautleiden, Arterienverkalkung usw., besonders günstig für Kinder.
Kinder-Pensionat für Kinder ohne Begleitung.
Kurrestauration in Eigenregie. 1636
Saison vom 1. Mai bis 30. September.
Prospekte u. Auskünfte d. die Badeverwaltung.

Ein **Wanderbuch** für das Fichtel- u. Erzgebirge, Sächs.-Böhmische Schweiz, Jeschken-, Iser- u. Riesengebirge, Waldenburger u. Eulengebirge, Glatzergebirge u. Heuscheuer.
Mit vielen Wanderkarten in Leinwand gebunden.
Preis, wenn mit Hinweis auf dieses Inserat bestellt wird nur 6.50 Kronen.
Buchverzeichnisse kostenlos.
Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau, Theresiengasse 18.

Bibliotheken
für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der
Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.

Warnung!! 1640
Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschliesslich nur den bestbewährt. Fliegenfänger
KOH—I—NOOR
Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik
Prag-Vršovic Nr. 446/V. Tel. 7899.